BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 10 **Köln, 20. Oktober 1957** **Preis DM 1.-**

Zweiter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen – Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein – Rudolf Pikola
Franz Rauhut – Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder – Renate Riemeck
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Katharina Seibert - Heinz Sitta
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Nach der Wahl“* S. 341
- *Peter Nellen, MdB, „Politik vor atomarem Horizont“* S. 348
- *Prof. Dr. Manfred von Ardenne, „Erklärung dt. atomarer Neutralität“* S. 354
- *Karl Graf von Westphalen, „Alles fließt!“* S. 355
- *Dr. Ulrich W. Doering, „Neue Lage durch Interkontinentalrakete“* S. 359
- *Prof. Dr. Karl Bechert, „Die Wissenden müssen handeln!“* S. 364
- *Dr. Kurt Maiy, „Die Warnung aus Tokio“* S. 366
- *Johannes Weidenheim, „Die vergessene Schule“* S. 370
- *Dr. Anton Neuhäusler, „Realismus bis zum Ende“* S. 371
- *Prof. Dr. Leo Weismantel, „Niedergeschrieben am 15. September 1957“* S. 373
- *Wirtschaft (Prof. Dr. Hanns Linhardt, „Zur europäischen Währungssituation“)* S. 377
- *Zeitdokumente (Indiens Abrüstungs-Resolution)* S. 380

Prof. Dr. Renate Riemeck

Nach der Wahl

Winfried Martini hat im „Rheinischen Merkur“ am 20. September die „Intelligenz an den Pranger“ gestellt, diejenigen Leute nämlich, die den Mut hatten, die Königsteiner Erklärung des Deutschen Klubs und den Wahlaufruf des Fränkischen Kreises zu unterzeichnen. „Jene beiden Dokumente“ haben in ihm „trübe Meditationen über die Rolle“ genährt, „die hierzulande der Intellektuelle in der Politik spielt“. Man ist geneigt, ebenfalls trübe Meditationen anzustellen, denn es scheint so, daß der Intellektuelle hierzulande in der Politik leider gar keine Rolle spielt. Die Meinung der deutschen Atomphysiker, der Aufruf Albert Schweitzers und der Appell der 101 deutschen Professoren konnten ohne Schwierigkeiten durch die Holzhammernarkose eines massen-psychologisch geschickt geführten Wahlkampfes in Vergessenheit gebracht werden.

Winfried Martini mag hoch zufrieden sein, daß das Wahlergebnis vom 15. September die Bonner Autoritäten in eine Lage versetzt hat, die

es ihnen ermöglicht, die politischen Stellungnahmen der „deutschen Intelligenz" in den Wind zu schlagen. Es wird keine Bundesregierung geben, die „gehalten ist, die lapidare These ‚Schulen sind wichtiger als Kasernen' zu beachten". Die künftige westdeutsche Politik ist sicher weit davon entfernt, mit der „metaphysischen Arglosigkeit, wie sie offenbar nur deutschen Intellektuellen und Künstlern gegeben ist", den einzig möglichen Weg zur Wiedervereinigung zu gehen, nämlich über Verhandlungen mit der Regierung der DDR. (Daß die Königsteiner Erklärung und der Aufruf des Fränkischen Kreises von namhaften Politikern und Wirtschaftlern unterzeichnet wurden, verschweigt der Rheinische Merkur seinen Lesern.)

Martinis Empörung über die „deutsche Intelligentsia" (!) wird niemanden verwundern, der seine Begeisterung für das System Dollfuß und für den Staat Salazars kennt. Er hat ja schon 1954 in einem umfangreichen Buch mit der Demokratie abgerechnet („Das Ende aller Sicherheit") und statt ihrer den autoritären Rechtsstaat gefordert, „der das Eigenrecht der Herrschaft wieder legitim macht und das Regime von unzähligen Reibungen befreit, welche ihm die Demokratie grundsätzlich in den Weg stellt" (S. 325). Von wem aber könnten solche Reibungen verursacht werden, wenn nicht von der Intelligenz, die sich ihres verfassungsmäßig verbrieften Rechtes zur freien Meinungsäußerung bewußt ist? Im Salazarismus ist diese von der politischen Freiheit des einzelnen ausgehende Gefahr für die Ausübung der Herrschaft gebannt. Sie ist, laut Martini, durch die sehr viel wertvollere individuell-unpolitische, durch rechtsstaatliche Institutionen gesicherte Freiheit ersetzt worden. Politische Freiheit gibt es dort nicht mehr. Aber es gibt auch keine Diktatur im Sinne Hitlers oder Stalins. Salazar, der in der „strengen, geistigen Zucht des Thonismus" lebt und mit „der Weisheit der päpstlichen Enzykliken Rerum novarum und Quadragesimo anno vollgesogen" ist, darf die politische Freiheit ausschalten, denn es „kommt immer darauf an, wo jene Art politischer Freiheit fehlt: es macht einen großen Unterschied aus, ob Salazar oder ein Hitler oder der Kreml sie versagen" (S. 330).

Noch wagt es auch der Rheinische Merkur nicht, den Millionen Andersdenkenden grundsätzlich das Recht auf politische Meinungsäußerung zu versagen. Er läßt vorerst nur die Intelligenz „an den Pranger" stellen. Man sollte ihm für diese Sturmwarnung dankbar sein, denn man weiß nun, woher der Wind weht. Der „autoritäre Rechtsstaat", der dem gleichgeschalteten Bürger nur noch die Pflege einer biedermeierlichen Individualität garantiert, kündet sich an.

Die totalitären Formen des Wahlkampfes

Der Wahlkampf ist schon ein Vorzeichen dafür gewesen. Er wurde mit einer Absage an die parlamentarische Demokratie eingeleitet. (Sieg der Oppositionspartei = Untergang Deutschlands.) Der für das Funktionieren einer Demokratie unentbehrliche oppositionelle Partner wurde zum Feind des Volkes gestempelt, der dem Antichrist die Macht zuspielt. In Großbritannien wäre eine derartige Verunglimpfung des politischen Gegners nicht nur mit einhelliger Empörung aufgenommen worden. Sie hätte dazu geführt, daß dem Vorsitzenden der jeweiligen Regierungspartei das Recht auf die Führung einer demokratischen Regierung abgesprochen worden wäre. In Westdeutschland aber konnte man auf die Wiederbelebung totalitärer Staatsgesinnung rechnen und deshalb auch die Mittel totalitärer Massenbeeinflussung anwenden. Ernst Fraenkel hat diese Mittel eindeutig beschrieben: „Die bedingungslose Zustimmung der Massen wird mit allen Mitteln moderner Propaganda- und Werbetechnik manipuliert; sie ist gemäß den Erkenntnissen der neueren Massenpsychologie auf die Erzeugung einer permanenten Kampfstimmung gegen einen absolut gesetzten Feind gerichtet, wobei sowohl die positiven Schutz- und Begeisterungsbedürfnisse wie die negativen Furcht- und Zwangsvorstellungen der Massen mobilisiert werden." Es ist dieses alles für einen totalitären Staat gesagt, und wir kennen es zur Genüge. Was uns dabei erschreckt, ist eben diese Parallele zur Geschichte des Dritten Reiches, die sich uns im Rückblick auf den Wahlkampf aufdrängt: der „absolut gesetzte Feind" waren einst Bolschewisten und Juden. Heute sind es Bolschewisten und Sozialdemokraten*). Die „positiven Schutz- und Begeiste-

*) Daß auf Wahlplakaten der SPD mit dem Bilde Erich Ollenhauers „Judensterne" angebracht wurden, gehört zu den beschämendsten Vorgängen des Wahlkampfes. Sie werfen ein bezeichnendes Licht auf die Mobilisierung eines bösen Erbes.

rungs-Bedürfnisse" wurden einst in der Person Hitlers aufgefangen. Heute sind sie auf Adenauer gerichtet worden. „Die negativen Furcht- und Zwangsvorstellungen" wurden einst durch das Gespenst des angeblich hochgerüsteten westlichen Auslandes genährt. Heute läßt man dieses Gespenst in Gestalt der Volksarmee und der russischen Panzertruppen durch Westdeutschland geistern. Man kann sich eigentlich angesichts dieser Parallelen und der Einfallslosigkeit der sozialdemokratischen Propaganda nur wundern, daß die Regierungspartei nicht viel mehr als die Hälfte der Stimmen des souveränen Volkes erhalten hat. Wir wollen uns nicht damit trösten, daß es die „andere Hälfte" gibt und daß sich eine beachtliche Minderheit gegen die totalitäre Form der Massenbeeinflussung immun erwiesen hat. Die realen Machtverhältnisse sind im Bundestag anders gelagert, und 1933 gab es ebenfalls eine beachtliche Minderheit gegenüber der — damals sogar nur knappen — Majorität der „Nationalen Front" (NSDAP und DNVP). Der Tatbestand, daß die Mehrzahl unserer Mitbürger sich am 15. September für die Führung der Bundesrepublik durch den 82jährigen Konrad Adenauer ausgesprochen hat, ist jedenfalls Grund genug, nach den Ursachen für diese Entscheidung zu fragen.

Die deutsche Industrie und die Banken haben — wie gehabt! — der Regierungspartei die vielen Millionen zur Verfügung gestellt, die sie nötig hatte, um mit den Mitteln der amerikanischen Reklametechnik die Massen von den Problemen abzulenken, die auf die Bundesrepublik schon in den nächsten Wochen zukommen werden. So konnte in einem großen Stil die politische Desinformation des Volkes durchgeführt werden. Der Wähler wurde nicht vor eine echte politische Entscheidung gestellt, sondern in die Sphäre seiner individuellen, unpolitischen Freiheiten verwiesen. Er wurde nicht gefragt, ob er für die gepriesene „Sicherheit" gegebenenfalls mit der Regierung das Risiko der sogenannten Abschreckungstheorie und der atomaren Aufrüstung tragen wolle. Er wurde gelehrt, unter Sicherheit zunächst einmal die Sicherung seiner persönlichen, materiellen Existenzgrundlagen zu verstehen. Er wurde nicht darüber orientiert, auf welche Weise die Regierung die Fortdauer des „Wohlstands" und die „Stabilen Preise" zu garantieren gedenkt, und dementsprechend um seine Zustimmung zu einem wirtschaftspolitischen Regierungsprogramm gebeten. Er wurde stattdessen ermahnt, das altväterlich-zufriedene Sprichwort: „Was Du hast, das weißt Du" zu beherzigen, sich an seinem privaten Lebenskreis zu erfreuen und darauf zu vertrauen, daß die Obrigkeit schon im richtigen Augenblick das Richtige tun wird. Er wurde nicht genötigt, darüber nachzudenken, ob sich seine künftige Regierung weiterhin dem außenpolitischen Kurs von John Foster Dulles anvertrauen sollte. Er hörte stattdessen, daß zwar das Wetter schön, aber die Zeit sehr ernst ist, und durfte dunkel fühlen, wie schwer es sein muß, die Last der Regierungsverantwortung zu tragen.

In diesem Wahlkampf wurde der Masse nicht zugemutet, über ein politisches Programm für die nächsten vier Jahre zu urteilen und abzustimmen. Sie wurde nur um eine Bestätigung der Bilanz angegangen, die freilich als Freibrief für die kommende Legislaturperiode zu gelten hat. Es war ein Wahlkampf, dem von der Regierungspartei prinzipiell schon die Züge des Salazarismus, des plebiszitären Obrigkeitsstaates aufgeprägt worden waren: Der Staatsbürger möge sich seiner privaten Sicherheit und seines persönlichen Wohlstands vergewissern und dieses der Regierung durch ein Votum danken. Die „hohe" Politik geht ihn nichts an. Sie gehört in die Kompetenz des Regierungschefs und der von ihm erwählten Mitarbeiter. Das war ja schließlich sogar den Nobelpreisträgern und Unterzeichnern der Göttinger Erklärung zur Atomaufrüstung von höchster Stelle mitgeteilt worden. Kein Wunder also, wenn der Rheinische Merkur die „deutsche Intelligenz am Pranger" stehen läßt; denn sie maßt sich an, im Bewußtsein der Volkssouveränität eine höchst unbequeme politische Meinung zu äußern. Und dieses eben rühmte Martini dem Staate Salazars nach: hier gebe es keine Souveränität vom Volke aus, sie sei zwar als Idee an die Existenz des Volkes gebunden, aber sie wird nicht mehr von ihm ausgeübt.

Zur Wiederbelebung des Führerkultes

Zum Salazarismus gehört die Führergestalt mit dem geheimnisvollen Charisma. Es war nicht schwer, an den im deutschen Volke noch nicht überwundenen Führerkult und Machtzauber anzuknüpfen: „ER kommt!" tönte es aus den Propagandawagen, prangte es an den Plakaten, schrie es aus den Lautsprechern der Versammlungshallen. Und er kam,

von der Aura der Autorität umgeben, die hohe Gestalt eines Patriarchen, der man Glauben und Vertrauen entgegenbringen kann. Er ist kein Hitler. Alle Vergleiche dieser Art sind falsch. Er hat nichts von Hitlers brutaler Vitalität und von seinem zügellosen Machtrausch. Er ist nicht darauf angewiesen, von der Begeisterung der Massen umbraust zu werden. Er behält bei allen Ovationen die kühle Reserviertheit und Würde des Greises, die Ferne des biblischen Alters, die Abstand gibt. Aber in den Augen seiner Anhänger verkörpert er die Macht, die Autorität, das Führertum. Mit den alogischen Argumentationen des terrible simplificateur (vor dem es einst Jakob Burckhardt so gegraust hat) entwirft er ein Schwarz-Weiß-Bild in einer Technik, die seinen Zuhörern nur zu wohl vertraut ist. Er läßt den unpolitisch denkenden Bürger seines Staates spüren, daß er bereit ist, ihm alle politischen Sorgen abzunehmen. Seine Propagandisten wiederholen es unermüdlich: Er hat das bundesrepublikanische Staatsvolk aus dem Nichts emporgeführt, auf ihm ruht also das Heil „von oben". Er selber glaubt, daß er Europa vor dem Untergang bewahren muß. Er will der Garant dafür sein, daß das Abendland christlich bleibt und nicht „bis zu den Pyrenäen" in der roten Flut ertrinken muß. Es ging ihm deshalb auch nicht um eine demokratische Wahl. Er wollte es auf einen Volksentscheid für oder gegen sich ankommen lassen.

Es scheint deshalb auch durchaus zweifelhaft zu sein, ob man heute als Wahlergebnis wirklich einen Zug zum Zweiparteien-System feststellen darf. Der sichtbar gewordene Trend zur Unterscheidung von Regierungs- und Oppositionspartei dürfte kaum als Neigung der Wählerschaft zu einer parlamentarischen Demokratie nach angelsächsischem Vorbild gewertet werden. Man wird darin vielmehr das Resultat der Wahlkampftaktik des Bundeskanzlers zu sehen haben, der die Wählerschaft zu einer Ablehnung oder Bejahung seiner Person herausgefordert hat. Der 15. September war deshalb auch nicht eine Entscheidung für die Zweiparteien-Herrschaft, sondern für oder gegen die Erneuerung des Führermythos, für oder gegen den einen Mann.

An diesem Tatbestand sind die kleineren Parteien gescheitert. Die FDP mußte es büßen, daß sie die Wähler nicht wissen ließ, ob man mit ihr eine dritte Adenauerregierung wählen würde oder nicht. BHE und FU konnten bei einer als „Volksentscheid" gemünzten Wahl von vornherein wenig Chancen haben.

Die Mutation der faschistischen Erbmasse

Es gab in diesem Sommer viele und erschreckende Anzeichen für die Wiederbelebung des Faschismus in der Bundesrepublik. Aber es handelt sich dabei nicht um eine plumpe Wiederholung nationalsozialistischer Doktrinen. Sie wäre von den Instanzen des Verfassungsschutzamtes und Verfassungsgerichts schon mit Rücksicht auf das Ausland unterbunden worden. Sie hätte auch in vielen Wählern unliebsame Erinnerungen geweckt. Worum es dabei ging, war etwas viel Gefährlicheres, weil schwerer Durchschaubares: nämlich eine Mutation der faschistischen Erbmasse. Die Übertragung des Führerkultes auf den Bundeskanzler war vielleicht das Auffälligste. Aber auch hier ist ja die Wandlung der Struktur deutlich geworden. Andere Vorgänge waren als Verwandlung schwerer zu erkennen. Um nur einige aufzuzählen: Der Glaube an die biologische Überlegenheit des deutschen Menschen ist in einen Glauben an den sieghaften und unzerstörbaren Leistungswillen des deutschen Volkes umgeformt worden. Die Idee einer Neuordnung Europas im Zeichen der deutschen Vorherrschaft wurde in die Idee der abendländisch-westeuropäischen Gemeinschaft im Zeichen der Stabilität der D-Mark verwandelt. Das Bewußtsein der deutschen Unbezwinglichkeit und militärischen Kraft wurde in das Bewußtsein für die erst durch unseren Wehrbeitrag erreichte Stärke des Westens umgebogen. Die nationale Großmannssucht, die sich einst in Massendemonstrationen gegenüber dem Ausland gefiel, wird jetzt in dem triumphierenden Stolz auf das Wirtschaftswunder befriedigt; denn stehen nicht heute die Sieger von gestern „an unseren Kassen Schlange"? Diese und ähnliche Erscheinungen sind weitaus bedenklicher als gelegentliche unverhüllt-neonazistische Äußerungen, die sehr schnell auf ihre Urheber zurückfallen. Daß das nicht aufgearbeitete und deshalb mutationsfähige Erbe des Dritten Reiches während des Wahlkampfes bewußt mobilisiert wurde, sollte dagegen als eine der größten Gefahren für den Fortbestand der Demokratie erkannt werden. Der antidemo-

kratische Affekt, der sich — ebenfalls eine Nachwirkung der Goebbelspropaganda — so leicht wieder entzünden läßt, wurde ohne Bedenken angesprochen. Der Kanzler sagte z. B. nicht etwa: „Wenn die SPD die Regierung übernimmt, dann ...", sondern: „Wenn die SPD an die Macht kommt ..." Oder bei anderer Gelegenheit: „Gnade uns Gott, wenn die sozialistische Jugend mit dieser Gesinnung mal irgendwie zur Herrschaft kommt ...." Daß in einer Demokratie, die diesen Namen verdient, nicht von Machtergreifung und Herrschaftsausübung die Rede sein darf, daß es sich immer nur um einen Regierungswechsel handeln kann, — dafür hatten seine Zuhörer offenbar kein Empfinden. Sie folgten ihm willig in seinem Macht- und Herrschaftsdenken. Er wünscht sich eine „vernünftige SPD, mit der sich zusammenarbeiten läßt", denn „Opposition ist in einem demokratischen Staat nötig und sie muß sein, damit nicht das ganze politische Leben einfach versumpft". Das ist das Bild einer „Demokratie", wie sie einem aus dem totalitären Staatsbewußtsein kommenden Bundesbürger allenfalls noch akzeptabel erscheinen könnte: Ein Machthaber, der einer „vernünftigen" Opposition das Recht gibt, seinen Entschlüssen zuzustimmen. — Die antidemokratische Ansprechbarkeit großer Teile der westdeutschen Wählerschaft hat freilich ihre erklärbaren Gründe. Ein Volk, das durch das „Wirtschaftswunder" vor einer furchtbaren, aber heilsamen Selbstbesinnung auf seine jüngste Vergangenheit „gerettet" wurde, das aus der größten Katastrophe seiner Geschichte noch einmal — und zwar glänzend — davongekommen ist, kann seine verhängnisvollen Verfehlungen bestenfalls als bedauerliches Mißgeschick, nicht aber als tragische Verirrung beklagen. Es saß 1945 im Elend, und noch ehe es ganz begriffen hatte, wohin es durch seine nationale Hybris getrieben worden war, floß schon der amerikanische Dollarsegen in die für einen künftigen Militärpartner bestimmte, junge Bundesrepublik hinein. Man brauchte sich nicht mehr zu besinnen, man brauchte nur noch zu schaffen, zu arbeiten, zu managen. Man war von der historischen Selbstkritik dispensiert worden. Die Erregungen und Entbehrungen der Hungerjahre, die Niederlage, die Ruinen möglichst schnell vergessen und nur „keine Experimente" mit der wiedergewonnenen Selbstzufriedenheit machen! Es gibt zwar Atombomben, und wir leben in tödlicher Bedrohung. Aber: „Der Alte wird's schon schaffen"! Er hat doch schon so viel geschafft und weiß besser Bescheid als wir, die kleinen Staatsbürger. — In dieser Weise verzichten Millionen auf ihre politische Mündigkeit.

Und die Opposition?

Es ist viel Kritisches über das Verhalten der SPD im Wahlkampf gesagt worden, und es ist leicht, nachträglich die Fehler herzuzählen. Daß sie sich an die Vernunft des Wählers gewandt hat und die Wiederbelebung faschistischer Ressentiments ablehnte, ist ihr von ausländischen Beobachtern lobend bescheinigt worden. Wer könnte ihr zum Vorwurf machen, daß sie für die massenpsychologische Agitation keine kirchlich sanktionierte salazaristische „Führergestalt" herauszustellen hatte?

Ob es ihr bei einer besseren Wahlpropaganda gelungen wäre, eine dritte Kanzlerschaft Konrad Adenauers zu verhindern, mag dahingestellt bleiben. Immerhin ist es bemerkenswert, daß sie trotz ihrer miserablen und verfehlten Propaganda einen Stimmengewinn erzielen konnte, und das läßt darauf schließen, daß sie die Möglichkeit gehabt hätte, die absolute Mehrheit der Kanzerpartei zu verhindern.

Den schwersten Vorwurf, den man der SPD machen muß, ist, daß sie ihren Gegner nicht richtig eingeschätzt hat. Sie hatte sich auf ein gesittetes Streitgespräch mit Vertretern einer anderen Meinung eingestellt und sich einen entsprechenden Anzug dafür angezogen. Aber ehe sie sich versah, hatte sie der Bundeskanzler schon in den Boxring gezerrt und schlug ohne jede Rücksichtnahme auf ihr Vertrauen in demokratische Spielregeln schonungslos auf sie ein. Wer gewillt ist, es mit einem Manne aufzunehmen, der eher Herrscher als Regierungschef ist, muß schon mit einigermaßen revolutionärem Elan in den Kampf gehen, wenn er Aussicht auf Erfolg haben will. Gerade an diesem revolutionären Geist aber fehlte es der SPD. Sie ließ sich in die Verteidigung drängen und operierte von Anfang an defensiv — eine für die Oppositionspartei in einem demokratischen Staat geradezu absurde Situation. Sie mußte sich gegen unerwartete Beschuldigungen wehren, deren Maßlosigkeit sie bestürzt und entrüstet anklagte. Statt ihrerseits klar mit der Politik der letzten acht Jahre abzurechnen, wollte sie niemanden erschrecken und stellte sich auf die Mentalität jener Bundesbürger ein, die längst in Konrad Adenauer das Idol

ihrer Staatsgesinnung sahen und bei ihm Schutz vor der eigenen politischen Verantwortung gefunden hatten. Sie wußte nichts besseres, als sich die CDU-Parolen vom Wohlstand und der Sicherheit zu eigen zu machen, als deren Garant Adenauer 1953 gewählt worden war. Sie machte gar nicht erst den Versuch, die Mentalität der Masse zu wandeln, sie resignierte vor ihr, wie die Baseler Nationalzeitung sehr richtig bemerkt hat. Die SPD begriff viel zu langsam, daß der Kanzler nicht einen Wahlkampf unter Respektierung der politischen Denkfähigkeit des Staatsbürgers zu führen gedachte, sondern mit allen Mitteln seine Macht zu behaupten beabsichtigte; denn es dürfte nicht nur Winfried Martinis, sondern auch des Kanzlers Meinung sein, daß Volkssouveränität zwar an die Existenz des Volkes gebunden, aber nicht von ihm ausgeübt wird. Man fragt sich, weshalb die SPD aus den wahrlich nicht wenigen Beispielen für die Überspielung des Parlaments durch den Bundeskanzler die Lehre zu ziehen vergaß, daß sie einen Kampf für die Demokratie zu führen hatte und ihn nur bestehen konnte, wenn sie bereit war, für diese Demokratie schonungslos in die Offensive zu gehen. Es hat ihr vor allem an dem Mut gefehlt, den Bürgerschreck zu zerstören, mit dem Hitler ebenso gut zu hantieren wußte wie heute Dulles und der Kanzler: den Bürgerschreck vor dem sowjetischen Angriffskrieg. Aus Furcht davor, der Kommunistenbegünstigung bezichtigt zu werden, wagte es die SPD nicht, auch nur den antirussischen Komplex zu berühren. Deshalb konnte es ihr auch nicht gelingen, ihrem außenpolitischen Programm eines kollektiven Sicherheitssystems genügend Stoßkraft zu geben. Weil sie den Bürgerschreck nicht antastete, konnte sie es auch nicht verhindern, daß die schon lange genährten „negativen Furcht- und Zwangsvorstellungen" der Masse dem Kanzler zugute kamen. Sie versäumte es, rechtzeitig und unermüdlich die realen Machtverhältnisse auf der Welt klarzustellen und die Gefahr des Atomselbstmordes zum Hauptthema des Wahlkampfes zu machen. Wer für ein kollektives Sicherheitssystem eintritt, muß auch bereit sein, unverblümt zu sagen, warum er die Fortsetzung der Nato-Strategie für ein größeres Risiko hält als den Versuch, zu einer ehrlichen Verständigung mit dem Osten zu kommen. Statt die uns alle bedrohende Atomaufrüstung und ihre Folgen in den Mittelpunkt der Wahlpropaganda zu stellen und sie mit der gleichen Ausdauer zu vertreten, wie der Kanzler seine Untergangsthesen den Massen einhämmerte, holte die SPD Parolen aus ihrem Reservoir, die möglicherweise noch 1956 gezündet hätten. „Keine Wehrpflicht" und „Wohnungen statt Kasernen" würden wahrscheinlich vor der Ungarnkrise den nicht eben zu politischen Kombinationen neigenden „unentschiedenen Wähler" angesprochen haben. Die SPD übersah aber, daß Ungarn sehr viele Bundesbürger in ihrer Ablehnung der Remilitarisierung Westdeutschlands unsicher gemacht, ja, daß die sozialdemokratische Zustimmung zur Grundgesetzänderung diese Unsicherheit verstärkt hatte. Die Kanzlerpartei dagegen hatte erfaßt, daß sie mit den Erinnerungen an Ungarn im Wahlkampf erfolgreich für die Politik der Stärke werben konnte. Die SPD sagte nicht eindeutig genug, weshalb sie trotz Ungarn nicht mehr an die Notwendigkeit des Nato-Schildes glauben kann, und weshalb man trotz Ungarn die Bundesrepublik nicht zur Abschußbasis für H-Bomben machen lassen darf. So behielt ihr außenpolitisches Programm etwas Verschwommenes für den welt-politisch desinteressierten und außerdem seit Jahren desinformierten Wählerteil, den sie gerade gewinnen wollte. So konnte es denn auch geschehen, daß die Rede Chruschtschows in Ostberlin und die sowjetische Note vom 8. September von der CDU als gute Gelegenheiten benutzt wurden, die „fatale Ähnlichkeit" zu den sozialdemokratischen Vorschlägen zur Außenpolitik herauszustellen und die SPD eben in jene Nähe zu den „Todfeinden" unseres Volkes zu rücken, die der Kanzler in seiner berühmten Gürzenich-Rede apostrophiert hatte.

Die SPD ist nicht deswegen unterlegen, weil sie kein gutes Programm hatte, sondern weil sie nicht den Mut gehabt hat, bei den nicht traditionell sozialdemokratisch wählenden Bürgern die Voraussetzungen für die Aufnahmebereitschaft ihres Programms zu legen. Auf ihrem Münchener Parteitag beschäftigte sie die Delegierten mit den Zukunftsproblemen der Automation, statt (am Anfang des Wahljahres 1957!) sich zu den brennenden Problemen unserer nationalen Existenz zu äußern. Sie ist damals vor dieser Aufgabe ausgewichen und konnte deshalb auch nicht die Delegierten mit dem notwendigen Rüstzeug für einen Wahlkampf ausstatten, der gegen einen harten und autoritären Vertreter der Macht zu führen war. Sie sonnte sich in den Erfolgen der nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen und bemerkte nicht, daß der Kanzler nur auf seinem eigenen Felde wirksam zu bekämpfen und möglicherweise zu schlagen war: auf dem Felde der Außenpolitik. Sie

hat ihren Fehler bezahlen müssen, nicht nur mit dem Verbleiben in der 30%-Zone, sondern sogar mit dem Verlust traditioneller Hochburgen. Die SPD weiß heute, daß Millionen Arbeiter sie nicht gewählt haben. Gewiß spielt es hierbei eine große Rolle, daß die Gewerkschaften die 16 Millionen Arbeitnehmer nicht in Aktion geführt, ja ihnen nicht einmal Aktionen gezeigt haben. Aber hat die SPD es nicht versäumt, angesichts der Gefährdung der demokratischen Grundsätze die Arbeiterschaft in Alarmzustand zu versetzen? Die SPD trägt eine große Verantwortung, denn es wird für die Zukunft des demokratischen Gedankens entscheidend sein, ob es ihr gelingt, schonungslos die Konsequenzen aus diesem Wahlkampf zu ziehen. Das allein könnte sie auch als parlamentarische Minorität zu wirkungskräftiger Opposition befähigen.

Und die FDP? Kann man sie für eine konstruktive Opposition in Anspruch nehmen? Sie leidet daran, daß ihre ehrenhaften, aber finanzschwachen Altliberalen im Gegensatz zu den nationalistischen Kräften im eigenen Lager stehen. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß eine zweite Spaltung dieser Partei erfolgt. Das würde jedenfalls im Interesse aller derer liegen, die sich von einem klaren Zweiparteien-System die Fortsetzung der Einparteienherrschaft versprechen, wie sie auch darauf hoffen, daß die SPD sich der notwendigen Reform entzieht; denn damit wäre dann die Gefahr gebannt, daß die Sozialdemokraten die bisher fehlende Stoßkraft bekommen.

Was droht uns?

Daß die neue SPD-Fraktion eine Verfassungsänderung verhindern kann, ist zwar richtig. Aber es ist ein schwacher Trost. Man wird es nämlich kaum für klug halten, einen Änderungsantrag einzubringen, dem die Opposition nicht zustimmt. Die Gefahr, die der Verfassung droht, besteht nicht darin, daß man sie ändern wird, sondern daß man sie aufweicht. Alle diejenigen, die heute befürchten, daß sich Maßnahmen des Jahres 1953 wiederholen könnten, befinden sich im Irrtum. Dieser Irrtum ist sogar gefährlich, weil er möglicherweise verhindert, daß man das Wesen der Macht in der Bundesrepublik deutlich erkennt. Es könnte nämlich geschehen, daß man in der Erwartung bestimmter totalitärer Herrschaftsformen, wie sie aus dem Dritten Reich in Erinnerung sind, am Ende gar nicht bemerkt, daß die Demokratie auf eine ganz andere und ganz neue Weise ihres Sinnes entleert wird. Man braucht z. B. nicht unbedingt ein Ermächtigungsgesetz, um einen „autoritären Rechtsstaat" nach portugiesischem Vorbild zu errichten. Man braucht nur noch zu der absoluten Mehrheit im Bundestag einen weiteren Majoritätszuwachs im Bundesrat, um widerspruchslos „von den unzähligen Reibungen befreit" zu sein, die „die Demokratie grundsätzlich dem Staate" (= Regierungschef) „in den Weg stellt". Sollte ein Gesetz einen Verstoß gegen die Verfassung enthalten, so bliebe der Opposition nur der Weg einer Klage vor dem höchsten Gericht der Bundesrepublik. Und dieser Weg ist, wie die Opposition bereits aus bitterer Erfahrung weiß, nicht nur dornenvoll, sondern auch äußerst langwierig. Es ist also anzunehmen, daß wir Landtagswahlkämpfe von bisher nicht gekannter Härte erleben. Der Bundeskanzler hat sie schon angekündigt.

Wir werden auch zwecks Erledigung unbequemer Kämpfer für die „politische Freiheit" keine Konzentrationslager bekommen, denn wir gehen keinem totalitären Macht-, sondern einem „autoritären Rechtsstaat" entgegen, dem eine solche Idee der Vergewaltigung nicht angemessen erscheinen kann. Wir werden statt dessen eine deutsche Abart des McCarthyanismus erleben und einen fragwürdigen Ausbau des Verfassungsschutzamtes. Der Paragraph des Grundgesetzes: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik ..." (Art. 65) wird noch stärker als bisher angewandt und auf die Kabinette der Länder ausgedehnt werden. Die „Gleichschaltung" steht uns bevor und mit ihr die Uniformierung des politischen Lebens in der Bundesrepublik. Das alles kann ohne Verfassungsänderung geschehen, und ein entsprechendes neues Wahlgesetz kann die Einparteienherrschaft für die nächste Legislaturperiode sichern. Die parlamentarische Demokratie ist am 15. September in Frage gestellt worden.

Welchen Weg die Bundesrepublik außenpolitisch gehen wird, hängt allerdings nicht nur von der starren Haltung und den Wünschen des Regierungschefs ab. Die einseitige Bindung an den Westen hat ihm den Zwang zur Nachfolge im Schlepptau Washingtons auferlegt. Wie weit das Weiße Haus bereit ist, eine von den Hoffnungen des Bundeskanzlers abweichende Kursänderung zu vollziehen, werden die nächsten Monate lehren. Eines kann man aber schon heute mit Sicherheit sagen: der Wähler vom 15. September wird

feststellen, daß die Parolen, von denen er sich leiten ließ, nichts mit der Weltpolitik zu tun hatten, die sein und unser aller Schicksal ist.

Wie auch immer die innenpolitische Lage sich entwickeln mag, — die globale Konstellation ist eine andere als 1933. Sie wird auch für die Bundesrepublik Folgen haben. Die Probleme, die uns vor dem Wahltag bedrängten, sind nicht nur geblieben, sie werden sich verschärft zeigen. Sie zu meistern, dürfte die Aufgabe einer sich enger zusammenschließenden, aktiveren und konsequenteren Opposition sein. Dazu bedarf es eines realen, konstruktiven und kühnen Programms.

Peter Nellen, MdB

Politik vor atomarem Horizont

Die politische Entwicklung oder zumindest eine beachtliche politische Episode hat es mit sich gebracht, daß die Anzeige vier kleiner Bücher über „Atomenergie und Atomzeitalter" von C. F. v. Weizsäcker, „Atomkraft und menschliche Freiheit" von J. Robert Oppenheimer, „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen" von Karl Jaspers und „Wir müssen den Frieden retten!" von Pascual Jordan sich nicht auf das Abstrakt-Theoretische beschränken und dadurch eine intellektuell vielleicht erregende, weil problemschwere Übung bleiben.

Wir meinen den polnisch-tschechoslowakischen Vorschlag, ein von Atomwaffen freies Gebiet in Mitteleuropa zu schaffen. Er wurde vor der Vollversammlung der UNO zuerst von dem polnischen Außenminister Rapacki gemacht. Ihm schloß sich sein tschechoslowakischer Kollege an. Vorgeschlagen ist ein Pakt, durch den sich Polen und Deutschland, die Bundesrepublik und die DDR, verpflichten sollen, auf ihrem Gebiet weder Atomwaffen herzustellen noch zu lagern. Nach Rapackis Ausführungen ist dieser Vorschlag nach Absprache mit den Mitgliedern des Warschauer Paktes und unter Zustimmung der Sowjetunion gemacht worden. Im Westen bezieht er sich nicht nur auf die Bundesrepublik, sondern auch auf die in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte des Pariser Paktsystems. Zugleich aber soll er gelten für die sowjetischen Streitkräfte in der Zone, in Polen und in den anderen Staaten des Warschauer Paktes.

Wir denken nicht daran, überspannte und deswegen bei weiterer Entwicklung vielleicht ins Leere stoßende Spekulationen an diesen Vorschlag zu knüpfen. Doch verdienen die „ersten Stellungnahmen" in der Bundesrepublik Beachtung. Sie müssen schon wegen der Dokumentation und als Hilfe für das politische Gedächtnis verzeichnet werden. Die Presse berichtet: „In deutschen Kreisen bei den Vereinten Nationen hat man zunächst geglaubt, es mit einem eigenen Vorschlag der Polen zu tun zu haben. Nachdem sich die Tschechoslowakei jedoch dem Plan angeschlossen hat, sehe der Vorschlag mehr wie eine ‚Propagandaaktion' aus." Wir fragen, wer sind eigentlich „die deutschen Kreise bei den Vereinten Nationen"? Gehören sie zum Stab unseres offiziellen diplomatischen Beobachters bei der UNO? Was bedeutet das bis zur Unverwendbarkeit abgenutzte, ohne Begründung bagatellisierende und von vornherein abwertende Schlagwort von der „Propagandaaktion"? Und zwar speziell in einer ersten Stellungnahme, die nach allen Regeln der Klugheit nicht sofort festlegende Werturteile aussprechen sollte. Derartige Schlagworte waren uns schon häufiger allzuleicht zur Hand. Sie haben sich häufig schon nach kürzester Zeit als unfruchtbar, töricht und oft beschämend erwiesen. Ihre apodiktische Überheblichkeit und Gedankenarmut steht in einem beklagenswerten Gegensatz nicht nur zu der objektiven Größenordnung der hier zu Frage stehenden politischen Probleme, sondern auch zu dem der Bundesrepublik gebotenen politisch-diplomatischen Stil. Eine solche Stellungnahme ist noch befremdlicher, wenn „Bonner Regierungskreise" darauf aufmerksam machen, „daß das polnische Angebot nicht an die Bundesrepublik direkt gerichtet sei". Überhört man geflissentlich, daß das gesamte deutsche Territorium von Rapacki ge-

meint ist? Mit oberflächlicher Süffisanz fügt man hinzu, „es sei außerdem für Polen leicht, auf atomare Waffen oder deren Stationierung zu verzichten, da es über diese gar nicht verfüge und voraussichtlich auch niemals verfügen werde." Erwartet man dann nicht die Replik: es sei nun für die Bundesrepublik ebenso leicht, auf diese Waffe und ihre Stationierung zu verzichten, da sie ebenfalls über diese gar nicht verfüge, — und dann im zu erwartenden Nachsatz die Unterstellung: aber voraussichtlich bald, etwa innerhalb zweier Jahre, darüber zu verfügen wünsche? Weiter wird gesagt, „die Bundesrepublik sei ernsthaft über den Versuch besorgt, einem Gebiet in Europa einen rüstungsmäßigen Sonderstatus zu verleihen. Ein solcher Versuch sei nur geeignet, von dem Hauptproblem, einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung, abzulenken". Sieht das nicht nach absichtsvoller Flucht in die weiteren Räume und die größeren politischen Zusammenhänge aus, die sich gerade dann so leicht anbieten, wenn man absichtsvoll zu übersehen wünscht, daß eines unserer eigensten Probleme brennend aktuell und erschreckend konkret auf uns zukommt?

Was soll es, wenn mit Nachdruck betont wird, daß in der Bundesrepublik keine Kernwaffen erzeugt würden? Die Polen und Tschechoslowaken erzeugen auch keine, und nach dem Vorschlag Rapackis sollten auf dem Gebiet der Warschauer Paktstaaten auch keine sowjetischen Atomwaffen stationiert werden. Wäre das wirklich so schlecht?! Man sollte daran selbstverständlich keine übertriebenen Hoffnungen knüpfen, umso schärfer aber muß der provokatorische Stil solcher „ersten Verlautbarungen" unter Kritik genommen werden.

Wir sind nicht töricht und verblendet genug, zu vergessen, daß auf der mit so ungewöhnlich großen und besonders auch menschlich bewegenden Hoffnungen begrüßten Berliner Konferenz vom Januar-Februar 1954 nach einer bekannten sehr treffenden Feststellung der Londoner Times die kleineren Spannungen, darunter das Problem des gespaltenen und wiederzuvereinigenden Deutschlands nicht gelöst, ja, überhaupt nicht ernsthaft weiterdiskutiert werden konnten, nachdem von einem bestimmten Zeitpunkt ab klar geworden war, daß die weltpolitischen Führungsmächte nicht willens oder nicht fähig waren, die globalen Spannungen zu lösen. Schwere Sorgen, ja, vielleicht sogar begründete Empörung muß es auslösen, wenn uns die gefährlichen und gewiß genau zu beachtenden Verknotungen der internationalen Politik anscheinend oder auch nur scheinbar zu dem billigen Trick verleiten sollten, uns nach Lust und Laune auf sie zu berufen. „Erste Stellungnahmen" von einer solchen Beiläufigkeit und deswegen Leichtfertigkeit, wie wir sie hier leider verzeichnen müssen, könnten auf die Dauer den Verdacht nicht fernhalten, wir seien in eigenen Angelegenheiten unseriös. Man täusche sich nicht: besonders die Amerikaner haben dafür einen sicheren Instinkt. Im Grunde genommen erwarten sie von uns überzeugenden Ernst und deswegen eigene Gedanken in den Fragen unserer Existenz. — Hoffentlich erleben wir es nicht, daß sie eines vielleicht nicht sehr fernen Tages als Geschäftsführer ohne Auftrag unsere Angelegenheiten in einem Sinne besorgen, daß wir uns, gelinde ausgedrückt, die Augen reiben; von der englischen Politik nach einem möglichen Regierungswechsel zugunsten der Labour-Party ganz zu schweigen. — In diesem Zusammenhang machen uns auch die Äußerungen führender Politiker des Westens, vor allem aus europäischen Ländern, Sorge, die auf einer Tagung über Probleme der Nato-Verteidigung in Princeton gefallen sind. Es bedarf genauer Nachprüfung, wenn dort gesagt wurde, „daß die Teilung Deutschlands zwar bedauernswert, aber vielleicht die beste Garantie gegen einen erneuten Führungsanspruch des deutschen Volkes in Europa sei". Die lebenswichtigsten Fragen unserer nationalen Existenz scheinen unabweisbar immer stärker in die Diskussion zu kommen.

Gerade wenn wir es im Rückblick auf die politischen Ereignisse der letzten Jahre als tragisch verzeichnen müssen, daß die Großmächte sich zu der Praxis bekennen: keine kleinen Lösungen ohne vorhergehende große Entspannung!, so sollte man doch nach Möglichkeit darüber keine, auch nicht die geringste Chance mißachten, die heutigen Irrungen und Wirrungen auch von einem Einzelpunkt her zu lösen. Wir vermissen — wie so oft — die Bereitschaft, erst zu prüfen und dann Stellung zu nehmen. Zumindest wird sie nicht deutlich. Deswegen kann man sich kaum des Verdachtes erwehren, daß wir das gesunde Augenmaß verloren haben, daß wir nervös und sogar hektisch reagieren, wo bewußte Ruhe, abwägendes, wohlbedachtes Urteil und vorsichtige Stellungnahme geboten wären. Es sieht nicht danach aus, als mache man sich bei solchen „ersten Stellungnahmen"

viel Gedanken. Guter politisch-diplomatischer Stil ist das nicht. Wenn auch immer nur mit Bedauern, so könnte er doch verschmerzt werden, wenn daraus die souveräne Sicherheit einer großen, unbestrittenen Konzeption spräche. Leider wird aber gerade sie in diesen recht häufigen ersten Stellungnahmen kaum deutlich. Stattdessen schwingt ein Ton kleinlicher und sturer Intransigenz mit. Wir können die Besorgnis nicht unterdrücken, daß sie bei uns nicht nur ein beiläufiges Symptom von Ungeschicklichkeit ist. Zu oft und zu ärgerlich hat sich ähnliches wiederholt. Viele wohlwollende Hinweise und Mahnungen haben es leider nicht bessern können. Sollte es System sein? fragt man sich besorgt.

Im übrigen halten wir es für beachtlich, daß der Vorsitzende einer kleinen und in diesem Falle sogar Koalitions-Partei das tut, was unseres Erachtens andere zu tun verpflichtet wären. Er schlägt vor, „man solle auf diplomatischem Wege (also obwohl die Bundesrepublik nicht direkt angesprochen ist, Anm. d. V.) ermitteln, ob der polnische Vorschlag ernst gemeint sei und von Moskau gebilligt wird, denn hier scheint sich eine Möglichkeit abzuzeichnen, über die äußerst schwierige Frage einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr zu einer internationalen Verständigung zu gelangen".

Die föderalistische Struktur der Bundesrepublik fordert es nicht unbedingt, daß der Ministerpräsident von Hannover zum Lehrmeister eines besseren Stils für Bonn wird und eine abwägende politische Nachdenklichkeit übt, die wir in der Stellungnahme aus „Bonner Regierungskreisen" leider des öfteren vermissen. Man hat H e l l w e g e dafür zu danken.

Wir haben schon wiederholt betont, daß es heute kaum irgendeine politisch-diplomatische Aktion gibt, die sich nicht vor dem Welthorizont der atomaren Rivalität, einer sich ständig steigernden Bedrohung und einer „Koexistenz in reiner Furcht" abspielt. Wenn man nicht traumtänzerisch und nihilistisch verwegen an der massivsten politisch-militärischen Realität unserer Zeit vorbeigehen will, muß man diesen Horizont unverkürzt aufblenden. Andererseits dürfen wir nicht hypnotisiert auf ihn stieren. Dann liefen wir nämlich Gefahr, durch eine falsche Fixierung ein vielleicht vermeidbares Unglück geradezu herbeizuziehen.

Sehr abwägend nennt C. F. v o n W e i z s ä c k e r das Wort Atomzeitalter einen etwas hochtrabenden Ausdruck. Und doch fügt er sogleich hinzu, daß die Phase unserer Geschichte wohl doch mit Recht mit dem Namen des Atoms bezeichnet wird. Neben anderen wichtigen Hinweisen auf die friedliche Ausnützung der Atomenergie und auf den stetig fortschreitenden Prozeß unseres denkerischen Verständnisses der Welt durch die theoretische Atomphysik weist er mit Nachdruck hin auf „die kriegerische Verwendbarkeit der Atomenergie als einer entscheidenden Randbedingung unseres politischen Daseins". Er wendet sich dann unmittelbar der ihn und seine prominentesten Fachgenossen bewegenden Frage zu: „Was schuldet nun der Atomphysiker im Atomzeitalter seinen Mitmenschen? Er findet sich im Besitz einer Spezialkenntnis, die sich für ihn selbst unerwartet als so folgenreich erwiesen hat. Er hat viele der Erwartungen und Sorgen, die heute die Welt erfüllen, wenigstens einige Jahre früher schon gehegt als seine Mitmenschen ... Das Mindeste, was er ihnen schuldet, ist Information." Diese Information sollte uns die notwendige Distanz verleihen zur „sanguinischen Hoffnung und zur panischen Angst". Nach Weizsäckers Ansicht ist von diesen beiden Empfindungen die Angst die stärkere, zum Teil uns selbst verborgen, weil wir Angst vor der Angst haben und sie ins Unbewußte drängen. Manche laut ausgesprochene Hoffnung mag eine Maske verborgener Furcht sein. Blinde Angst ist so gefährlich wie blinde Hoffnung. Blinde Hoffnung rennt oft ins Verderben, blinde Angst zieht das, wovor sie sich fürchtet, magisch an. Mit diesen nüchternen und klaren Sätzen bestimmt der bedeutende Gelehrte den Ausgangspunkt für seine zwölf Vorlesungen, welche die Fischer-Bücherei in der bekannten wohlfeilen Ausgabe vorlegt.

Wenn in der ersten bis achten Vorlesung naturwissenschaftlich-technische Probleme, Voraussetzungen und Möglichkeiten geschichtlich und systematisch in einer verständlichen Sprache einem weiten Leserkreis dargeboten werden, so ist das für sich allein schon ein großes Verdienst. Aber er geht weiter. Er fragt nach den biologischen Wirkungen, den wirtschaftlichen und politischen Folgen, und das Ganze gipfelt in der letzten Frage der zwölften Vorlesung: Wie können wir im Atomzeitalter leben? Bemerkenswert ist, daß er schon in der neunten Vorlesung über die biologischen Wirkungen der „atomaren Technik" für das menschliche Leben sich den Seitenblick nicht versagen kann auf

die Wirkung radioaktiver Substanzen, die aus Atombombenversuchen hervorgehen. Gerade dadurch, daß er in dieser Vorlesung die vom Atomkrieg möglicherweise auszulösende Radioaktivität beiseite läßt, weist er am nachdrücklichsten auf sie hin. „Diese würde ein Ausmaß erreichen, das für große Teile der Bevölkerung ganzer Länder tödlich sein könnte. Infolgedessen scheint mir der Atomkrieg eine der großen Gefahren, die über der Menschheit hängen ... Die Atombombenversuche einzustellen ist eine heute sehr weitverbreitete Forderung, und wir müssen sehr hoffen, daß sie erfüllt werden wird." Vorsichtig, aber doch sehr bestimmt formuliert er den Wunsch vieler Biologen und Mediziner, man möge die atomare Technik l a n g s a m weiterentwickeln, damit wir inzwischen Zeit finden, die biologischen Wirkungen überhaupt zuerst genauer zu erforschen. In diesem drängenden Wunsch ernsthafter Wissenschaftler auf der ganzen Welt scheint ihm ein sehr starkes Argument gegen die Fortführung der Atombombenversuche zu liegen. Die Wirkungen aller unserer heutigen überhaupt nicht genau abschätzbaren Strahlenschäden können sich unter Umständen erst im Laufe mehrerer Generationen zeigen. Es erhebt sich die Frage, eine wie große Steigerung der Radioaktivität der Luft dürfen wir zulassen, wenn wir die Anzahl der schädlichen Erbänderungen nicht anwachsen lassen wollen. Wir sind weithin auf Schätzung angewiesen. In diesem Zusammenhang klingt bei Weizsäcker ein so reiner und moralisch ernster Ton auf, daß er unser ständig zu Ausflüchten bereites Denken und die Herzensverhärtung vieler Zeitgenossen treffen sollte: „Es darf nicht verschwiegen werden, daß all diesen Schätzungen etwas Unmenschliches anhaftet. Wenn nämlich die Anzahl der Erbkrankheiten auf der Welt verdoppelt würde, so würde das bedeuten, daß Millionen von Menschen ein Leiden auferlegt würde, das heute nicht vorhanden ist; denn die Anzahl der Erbkrankheiten ist heute schon groß. Denken wir nicht an die Gefährdung der Menschheit im ganzen, sondern denken wir an das Leiden des einzelnen, so müssen wir darin noch viel vorsichtiger sein."

Wenn die heute zugänglichen Berichte über die Strahlengefährdung zeigen, „daß die Steigerung der normalen Radioaktivität der Luft durch atomare Technik und auch durch Atombombenversuche bisher ... nicht zu einer unmittelbaren großen Besorgnis Anlaß gibt, so ist doch noch ein besonderes Problem zu nennen, das dieses günstige Urteil modifizieren könnte. Ich meine die selektive Anreicherung bestimmter Elemente im lebenden Organismus. Ganz besonders gilt dies von dem radioaktiven Isotop Strontium 90. Es vermag sich in lebenden Organismen anzusammeln." In diesem Zusammenhang ist auch auf Albert Schweitzers weltweiten Appell mit Nachdruck hinzuweisen. „Niemand kann mit Sicherheit sagen, ob die Menge des Strontiums 90, die bisher verbreitet worden ist, schon wirklich eine Gefahr bedeutet oder nicht. Diese Lage ist sehr undurchsichtig. Was die Atombombenversuche anbelangt, so würde heute jeder verantwortliche Biologe oder Mediziner ohne weiteres sagen, daß diese Versuche zumindest solange völlig eingestellt werden müßten, bis man sicher wäre, ob ihre schädlichen Folgen groß sind oder nicht. Es scheint mir, daß dieser Gesichtspunkt der verantwortlichen Vorsicht so durchschlagend ist, daß die heute kaum entscheidbare Frage der tatsächlichen Größe dieser Schädigungen nicht ausführlich diskutiert zu werden braucht. Mögen durch einen einzigen Atombombenversuch zehn oder tausend oder zwanzigtausend Menschen auf der Welt an Leukämie erkranken, die rein ärztliche Verantwortung würde sagen, daß schon zehn zu viel sind, ja, daß sogar die Ungewißheit, ob es auch nur zehn sein werden, schon zu viel ist."

In einer ungewöhnlich noblen Weise, die jeder zelotischen Rechthaberei fern ist, fügt Weizsäcker diesem Gedankengang hinzu, „die Atombombenversuche können daher, wenn überhaupt, dann nur gerechtfertigt werden mit dem Argument, sie seien politisch notwendig und man müsse dafür die Folgen oder die Ungewißheit über die Folgen in Kauf nehmen. Ist man umgekehrt, wie ich es von mir gestehen muß, der Meinung, daß das Aufhören der Atombombenversuche auch politisch von sehr großem Wert wäre als erster Schritt zu einer kontrollierten Abrüstung, so wird man das medizinische Argument für ihr Aufhören erst recht in sein volles Gewicht einsetzen." Dieser Gedankengang verdient unseres Erachtens volle Beachtung und unverkürzte öffentliche Diskussion.

Damit sind wir bei der hochinteressanten elften Vorlesung. Dazu einige Stichworte. „Die politischen Auswirkungen der Atombombe stehen im Zeichen der Lebensgefahr für alle, für die, die Bomben haben, und für die, die sie nicht haben ... Würden wir einen dritten Weltkrieg überleben, in dem diese Bomben fallen?" Von einem atomaren Vor-

sprung der einen gegenüber der anderen Weltmacht kann heute keine Rede sein. Die seit längerer Zeit schon sichtbare Entwicklung der Raketenwaffen und die neuesten Experimente mit dem künstlichen Erdsatelliten, deren militärische Konsequenzen den Experten Sorgen bereiten, läßt daran keinen Zweifel mehr übrig. Die erste Atombombenexplosion der Russen im August 1949 hat in den USA zur Herstellung der Wasserstoffbombe geführt. „Rußland vollendete die Wasserstoffbombe zur gleichen Zeit wie die Amerikaner." Diese Aktionen Zug um Zug scheinen einer furchtbaren ihnen innewohnenden Logik zu folgen. „Man geht dabei einen scheinbar einfacheren direkten Weg." Wie wir heute sehen, führte er in eine Sackgasse. „Im Ergebnis", so meint Weizsäcker, „wurden die Einflußsphären (der Weltmächte) genauer abgegrenzt und die Konflikte blieben ungelöst. In dem Maße, in dem die Wasserstoffrüstung Tatsache wurde, zeigte sich, daß die Großmächte den großen Krieg nicht nur nicht suchten, sondern daß sie ihn fürchteten." Die Wasserstoffbombe als stärkster Garant des Weltfriedens gewährt nach W. nur eine Gnadenfrist. „Es ist die Unfähigkeit, Krieg zu führen. Der Friede der Wasserstoffbombe friert darum die Konflikte ein, statt sie aufzutauen. Wir sind im Besitz von Waffen, die wir nicht mehr voll einzusetzen wagen können, nicht aus Humanität, sondern aus Selbsterhaltungstrieb."

Hier sind wir bei den Fragen, wie man im Atomzeitalter leben und überleben könne. Bedingungen, womöglich Garantien zu schaffen, wie eine Nation oder sogar eine Gruppe von Nationen sicher leben und überleben könne, das ist die Aufgabe der Politiker. Fassen wir Weizsäckers Auffassung in einigen Sätzen mit seinen eigenen Worten zusammen.

„Ein neuer Weltkrieg unter Einsatz der größten Waffen scheint auf kurze Sicht unwahrscheinlich, auf die Dauer sehr wohl möglich. Ein neuer totaler Weltkrieg würde vermutlich heute die Menschheit nicht ausrotten, wohl aber würde er ungeheuerliche Schädigungen verursachen. Man kann schon heute nicht im Ernst vorhaben, ihn zu führen, selbst wenn man die Drohung mit ihm als politisches Mittel benützt, ja, wenn man sich vorstellt, es sei theoretisch möglich, ihn zu gewinnen und danach ein Friedensreich zu errichten.

Das entscheidende Dilemma der an bisheriges vorwiegend militärisches Machtdenken gewohnten Politiker ist, daß sie das wissen, aber es nicht zugeben können. Wir dürfen diese Gefahr nicht insgeheim doch nähren, indem wir mit dem Gedanken eines solchen Krieges spielen. Mit diesem Denken spielt aber schon der, der in sein politisches Verhalten, in das politische Kalkül, diesen Krieg als eine Möglichkeit einbaut. Verhalten sich viele maßgebende Leute so, als käme ein solcher Krieg, so wird es leicht, daß er kommt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß wir in der vorhersehbaren Zukunft lokalisierte Kämpfe mit begrenztem Waffeneinsatz erleben werden. Aber die Hoffnung, daß durch diese Kanalisierung der große, tödliche Konflikt sicher vermieden werden könne, scheint eine Illusion.

Die Meinung des rationalen (ideologischen) Pazifismus: die Menschen müßten die Schrecken des Krieges nur vernünftig einsehen, dann würden sie mit Krieg und Kriegsrüstung aufhören, scheint fast sicher unrecht zu haben. Es liegt nicht nur an ‚verblendeten Politikern'; in den irrationalen Tiefen des menschlichen Wesens schwelen Konfliktstoffe, deren Verdichtungen die Kriege sind. Kriege brechen aus, weil die Menschen sie in tieferem Grunde wollen, auch wenn sie sich einbilden, sie wollten sie nicht. Doch ist der Mensch ein Wesen, das sich entscheiden kann. Man muß es für möglich halten, daß die Menschheit lernen wird, den Krieg zu vermeiden. Nur werden die Friedenswilligen dazu wohl Anstrengungen machen und Opfer bringen müssen, die nicht geringer sein werden als die, die man früher für den Krieg gebracht hat. Man darf wohl sagen: der Frieden ist nicht billiger als der Krieg. Es scheint wertvoll, wenn ein Verbot der Atomwaffen beschlossen und diese Waffen vernichtet werden könnten."

Weizsäcker neigt persönlich zu der Vermutung, „die westliche Welt würde politisch mehr gewinnen als verlieren, wenn sie bereit wäre, mit einer solchen atomaren Abrüstung einseitig den Anfang zu machen". Aber er macht sich auch selbst den Einwand, daß „dieser Gedanke heute den Glauben der Welt an eine andere Sicherung als durch Waffen einfach noch überfordern würde".

Eine faktische Friedensordnung könnte erleichtert werden durch die Organisation der Vereinten Nationen. Auch hier wieder der Einwand: die wahren Interessen der Großmächte sind stärker als diese Organisation.

In einer bei der heutigen allgemeinen Verkrampfung geradezu erstaunlichen Unbekümmertheit wagt Weizsäcker den Hinweis, daß Freiheit auch schon anders als mit der Waffe verteidigt oder erkämpft worden ist. Er verweist dabei auf Gandhi. Gandhi hat nach seiner Meinung eine Kampfweise gewählt, die in der Politik eine personale „äußerste Möglichkeit, einen letzten Ausweg darstellt, und zwar darum, weil hinter ihr mehr steht als hinter dem gewöhnlichen politischen Spiel. Hinter ihr steht so viel wie auch hinter dem Krieg", nämlich der volle Einsatz der handelnden Person, des politischen Täters auf Gedeih und Verderben. Einen solchen Einsatz — außerhalb des Krieges — wollen die Politiker (noch) nicht, weil sie sich ihn noch nicht vorstellen können. Sie hängen an den bisherigen Möglichkeiten der Macht und ihrer Konzentration und Aufgipfelung im Kriege, den allein sie sich als das „Äußerste" vorstellen können.

Die Bundesrepublik steht vor der Frage, ob sie sich an der atomaren Aufrüstung Westeuropas beteiligen soll. Zusammen mit den anderen 17 Göttingern fragt Weizsäcker sich, was ein westdeutscher Physiker in diesem Falle tun soll. Er bekennt sich zu dem Dilemma: „Der einzelne ist durch solche Entscheidungen im Grunde überfordert, aber er muß sie treffen. Die größere Frage lautet, ob es sinnvoll sei, wenn kleinere Nationen wie Deutschland anfangen wollten, sich atomar zu bewaffnen." Weizsäcker hält das für einen verbrecherischen und selbstmörderischen Unsinn. „Auf wen sollten deutsche Atombomben denn im Ernst fallen, wenn nicht auf deutsches Land und auf deutsche Städte. Wen sollten sie denn abschrecken? Vielleicht würden uns die größeren Bomben der Großmächte eben noch verschonen, aber wenn wir selbst Bomben besitzen, so würden wir ja geradezu dazu herausfordern, im Ernstfall sie auf uns zu werfen."

Weizsäcker hält die atomare Bewaffnung der Nato für eine durchdachte Maßnahme und einen naheliegenden Entschluß, der gefaßt ist ohne Rücksicht darauf, ob wir ihn mitmachen. Ob wir uns daran beteiligen sollen, ist nach seiner Auffassung eine schwere Entscheidung für einen deutschen Staatsmann, schon im Hinblick auf die Frage der deutschen Wiedervereinigung. Auf kurze Sicht erblickt er darin eine Festigung unserer Sicherheit und unserer möglichen Verhandlungsposition. Weizsäcker würdigt damit die bisherige Politik der Bundesregierung, fügt aber offen hinzu, daß er sich persönlich nicht zu diesem Weg bekennen könne. Diese Sicherheit nennt er kurz und knapp eine „Roulette-Sicherheit", hinter der die Katastrophe lauert, und er fügt hinzu: „Kann man sich auf Bomben verlassen, die zu werfen man im Grunde nicht wagen darf? Auf die lange Sicht müssen wir die Bomben fürchten, schon auf die kurze Sicht müssen wir die Mentalität fürchten, die sich auf die Bomben verläßt. Es ist ganz klar, auch eine Nation wie die unsere ist mit solchen Entscheidungen eigentlich überfordert, und doch muß sie sie treffen. Wichtig scheint mir nur, daß wir uns freihalten von dem Entweder-Oder-Denken." Das — meint er — gäbe nur entweder die Kapitulation vor der Tyrannis oder die große atomare Rüstung. „Ich glaube doch, daß alle Menschen auf der Welt heute dumpf oder deutlich fühlen, daß die großen Waffen begonnen haben sich selbst zu widerlegen. Und dieses Gefühl wird auf die große Politik zurückwirken. Wenn nun eine Nation bewußt auf die Anwendung der großen Waffen verzichtet, so erleichtert sie damit den anderen denselben Verzicht. Sie erleichtert dann also, daß eine Ordnung entsteht, die auf ganz anderer Grundlage ruht. Aber dieser Verzicht enthält zunächst ein Risiko, und ob wir zu diesem Risiko bereit sind, das ist heute unsere Entscheidung."

Die größte Kunst und Aufgabe des Politikers im heutigen Deutschland, der Bundesrepublik besonders, die noch keine atomaren Waffen besitzt, mag darin bestehen, vielleicht ein solches Risiko zu übernehmen. Es müßte begrenzt und mit gewissen Kautelen versehen sein, müßte zugleich aber so entschieden und beispielhaft sein, daß sich aus diesem von uns übernommenen Risiko für alle anderen die Pflicht zu einem weiteren Schritt ergäbe. Die USA und die Sowjetunion können voneinander keinen ersten Schritt fordern, sondern ihn nur abtrotzen. Vielleicht aber ist uns die Möglichkeit eines solchen ersten Schrittes vorbehalten. Es sollte ernsthaft diskutiert werden, ohne gegenseitige Verketzerung und Diffamierung, ob solche Gedanken über die Grenzen des politischen Kalküls, über die Fixierung im Machtdenken und den Ausbruch aus dem Teufelskreis nicht doch mehr sind als politikfremdes Moralisieren oder noch schlimmeren Falles frivole oder naive Koketterie mit dem Untergang. (Schluß folgt)

Prof. Dr. Manfred von Ardenne

Erklärung deutscher atomarer Neutralität als Konsequenz aus der Entwicklung interkontinentaler Raketen und des ersten künstlichen Erdsatelliten

Am 14. 4. 1957 schrieb Prof. von Ardenne in seiner ‚Mahnung gegen die Vorbereitungen des Atomkrieges auf deutschem Gebiet' u. a.:

„Anfang April 1957 erschienen in der westlichen Presse Äußerungen, welche eine Störung des Atom-Remis für die Zeit von 1958 bis 1960 voraussagen und zwischen den Zeilen für diese Zeitspanne erhöhte Atomkriegsgefahr ankündigen. In diesen Äußerungen wird die Theorie aufgestellt, die amerikanischen Fernraketen mit nuklearer Ladung seien schon 1958, die sowjetischen Raketen aber erst 1960 in großen Stückzahlen gefertigt. Solche Schätzungen sind überaus leichtfertig und in ihren Folgen sehr gefährlich. Auch bei der zurückliegenden Atomwaffenentwicklung ist immer wieder die wirkliche Leistungsfähigkeit sowjetischer Technik auf den entscheidenden Schwerpunkten von der westlichen Welt unterschätzt worden. Hier sei erinnert an die vielen Prognosen zur sowjetischen H-Bombenentwicklung, denen schließlich die Realität entgegenstand, daß die moderne sogenannte „trockene H-Bombe" in der SU früher als in den USA zur Explosion gebracht wurde. Bei solchen Schwerpunktentwicklungen, deren Ausgang über Sein und Nichtsein entscheiden könnte, erfolgt in der SU ein extrem massierter Einsatz an Kräften und Material, der das politische Risiko bisher stets genügend abgeschwächt hat. Wir dürfen dieses mit einiger Berechtigung behaupten, denn wir haben solche Phasen als „Jalta-Gäste" der Sowjetunion in ziemlich zentralen Bereichen persönlich miterlebt."

Die Richtigkeit der damaligen Beurteilung ist inzwischen durch die bekanntgewordenen Ergebnisse der sowjetischen Raketentechnik (interkontinentale Rakete, erster künstlicher Erdsatellit) bestätigt worden. Daher sollte bei uns der folgende, auf Einsicht in die technische Lage gegründete Vorschlag sehr gründlich erwogen werden. Die Redaktion

Solange nicht die von der gesamten Menschheit ersehnte weltweite Abrüstung erfolgt ist, besteht eine der größten Aufgaben deutscher Politiker darin, im Falle einer atomaren Auseinandersetzung Ost — West den deutschen Boden frei von Kernexplosionen zu halten. Durch die in den letzten Monaten bekanntgewordenen Entwicklungen interkontinentaler Raketen mit nuklearen Sprengköpfen und durch den Start des ersten künstlichen Erdsatelliten der Sowjetunion ergibt sich ein Weg zur Lösung dieser Aufgabe: Dieser Weg besteht in der feierlichen Erklärung atomarer Neutralität durch die beiden deutschen Regierungen.

Atomare Neutralität bedeutet Verzicht auf jede Art atomarer Aufrüstung, Nichtzulassung der Lagerung von Atommunition und der Errichtung von Abschußbasen auf deutschem Boden. Atomare Neutralität bedeutet die radikale Beseitigung aller jener Gründe, welche im Ernstfalle während einer atomaren Ost-West-Auseinandersetzung Atommunition auf deutschen Boden lenken könnte. Die Erklärung einer solchen atomaren Neutralität würde im Ernstfalle Deutschland aus jenem Inferno heraushalten, das bereits in den ersten Stunden einer atomaren Auseinandersetzung sich auf die aktiv teilnehmenden Völker und Länder senken würde. Ein Heraushalten aus den ersten Schlägen könnte im Ernstfalle den deutschen Menschen unendliches Leid ersparen, denn gerade von diesen ersten Schlägen sind die wohl furchtbarsten Wirkungen zu erwarten.

Die Reichweite der interkontinentalen Raketen, welche eine maximale Bahnhöhe von 1000 km und eine maximale Bahngeschwindigkeit von 25 000 km je Stunde besitzen, liegt gegenwärtig bekanntlich bei etwa 8000 km. Bei solchen Reichweiten könnte vom militärischen Standpunkte aus, theoretisch betrachtet, die atomare Auseinandersetzung ohne Berührung deutschen Bodens erfolgen. Aus dem erfolgreichen Start des ersten künstlichen Erdsatelliten in der Sowjetunion ergibt sich, daß uns nur noch eine kurze Zeitspanne von jenem Augenblick trennt, wo jeder Punkt der Erdoberfläche von nuklearen Raketengeschossen erreicht werden kann. Bei solchen praktisch nicht mehr begrenzten Reichweiten werden auch die fanatischsten Vertreter einer Politik der Stärke zugeben müssen, daß es besser erscheint, atomare Abschußbasen in menschenleeren Gegenden außerhalb des europäischen Kontinents zu stationieren als etwa auf dichtbevölkertem deutschen Boden.

Zieht man nüchtern die Schlußfolgerungen aus den bekanntgewordenen technischen Daten interkontinentaler Raketen sowie aus dem jüngsten großen Erfolg der Raketentechnik, dem künstlichen Erdsatelliten, so ergibt sich folgendes Bild: Unmöglichkeit einer Luft-

abwehr mit den gegenwärtigen Mitteln der Technik; Unmöglichkeit des Luftschutzes für den überwiegenden Teil der Bevölkerung; Unmöglichkeit einer rechtzeitigen Luftwarnung sowie absolute Treffsicherheit. Und das bei einer Geschoßladung mit dem Energieinhalt einer Wasserstoffbombe, welche ein Gebiet von der Größe des gesamten Ruhrgebietes zu vernichten in der Lage ist.

Eine westdeutsche Politik, die den genannten harten Tatsachen Rechnung trägt und sich zur Erklärung atomarer Neutralität*) entscheidet, würde all den Vorschlägen von Ost und West zustimmen, welche beide Teile Deutschlands in eine Zone der Neutralität in Mitteleuropa einbeziehen wollen. Bei einer solchen auf Neutralität gerichteten Politik könnten beide Teile Deutschlands ihre Wirtschaft von den Ausgaben für Armee und militärische Rüstungen teilweise entlasten. Eine solche Politik würde die unmittelbare Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten entscheidend erleichtern und damit die Wiedervereinigung vorbereiten. Eine solche Politik würde aber auch den wirtschaftlichen Interessen Westdeutschlands dienen, denn sie würde den Handel mit der Sowjetunion, China und den Volksdemokratien in breitester Front und für unbegrenzte Zeit erschließen. Der Übergang zur Politik der Neutralität und zur Politik der wechselseitigen Annäherung würde in beiden Teilen Deutschlands eine heute kaum vorstellbare Steigerung des Lebensstandards aller Menschen einleiten.

Karl Graf von Westphalen

Alles fließt!

Die Wahl zum Dritten Deutschen Bundestag liegt hinter uns. Wir haben einen Machtkampf erlebt, den Kampf um das in der Demokratie unentbehrliche Mandat. Wenn es noch eines zusätzlichen Beweises dafür bedurft hätte, so ist er jetzt restlos erbracht: Der führende Staatsmann versteht es nicht nur, nach der Macht zu greifen, sondern sie auch festzuhalten. Unter dem Gesichtspunkt der Manipulation der Macht erweist er sich als eine echte politische Potenz. Das sollte man auf keinen Fall übersehen. Besonders dann nicht, wenn man glaubt, seine Konzeptionen bekämpfen zu müssen. Am wenigsten darf man das unbeachtet lassen, wenn man ihm das Fehlen einer Konzeption überhaupt vorwirft. Er hat dem Wahlkampf das Gepräge einer rücksichtslosen Härte und eines unbedingten Willens zum Siegen gegeben. Die Kunst der vereinfachenden Massenbehandlung ist dabei bis zu einem fast sagenhaften Grad gediehen. Psychologisch haben einige wenige Sätze aus Le Bon ausgereicht als Spielregeln für die Kundgebungen, die landauf und landab dem Bundeskanzler planvoll bereitet worden sind. Man hat hier und da, z. T. in sehr massiver Form, von intellektuellen Ungereimtheiten, vom Triumph der Trivialität, von kaum vorstellbaren Simplifikationen gesprochen. Von christ-demokratischen Politikern aller Ränge kann man immer wieder die Äußerung hören, sie seien sicher, nach fünf Minuten einer Rede von ihren Zuhörern ausgepfiffen und aus dem Versammlungslokal getrieben worden, wenn sie auch nur versucht hätten, so zu reden. Man hat auch von der Kotelettwahl gesprochen. Darin steckt eine Teilwahrheit. Es hat auf

*) Es ist zu unterscheiden zwischen der atomaren Neutralität und einer Neutralität mit konventionellen Waffen. Sehr wahrscheinlich ist, daß die Erklärung atomarer Neutralität von beiden Seiten respektiert werden würde und daß sich im Rahmen von Vorverhandlungen entsprechende Gegenerklärungen erzielen lassen. Der Verfasser ist allerdings der Auffassung, daß eine Neutralität mit konventionellen Waffen über die gesamte Dauer einer Auseinandersetzung möglicherweise nicht erreichbar sein dürfte bei unserer zentralen geographischen Lage. Aber die Aufrechterhaltung der Neutralität mit konventionellen Waffen ist um mehrere Größenordnungen weniger wichtig als die Aufrechterhaltung atomarer Neutralität wegen der eben um diese Größenordnungen geringeren Vernichtungswirkung der konventionellen Waffen.

keiner Seite an Verunglimpfungen, Hohn und Spott gefehlt. Unsere Unfähigkeit, mit demokratischem Anstand Majorität oder Minorität, Regierung oder Opposition zu sein, ist kraß zu Tage getreten. Von einer echten argumentativen Demokratie sind wir weit entfernt.

Der plebiszitäre Charakter dieser Wahl ist so deutlich geworden, daß der eine oder andere sich vielleicht mit Sorgen fragt, ob es nicht besser wäre, statt des konzentrierten Aktes der Auftragserteilung für die Legislaturperiode Volksbegehren und Volksentscheid, die das Grundgesetz aus guten Gründen nicht vorsieht, doch in Überlegung zu stellen. Doch das sind Stoßseufzer einer unwirksamen platonisierenden Gemütsverfassung. Wir wissen, daß die Auftragserteilung an den Bundestag ein Blankoscheck ist für alle in vier Jahren anfallenden Fragen, Probleme, Aufgaben und Notstände. Dabei ist keineswegs im voraus zu übersehen, was in der rasanten Entwicklung unserer gegenwärtigen Geschichte anfallen kann. Alle Formeln der Prognose können sich als ungenügend erweisen. Der Rückgriff auf die vorausgegangene, hinter uns liegende Entwicklung und der Vorgriff auf die daraus sich „konsequent ableitende Weiterentwicklung" vermag kaum zu genügen. Er kann sehr gefährlich werden. Er enthält so wenig Argumentation, daß man nur mit einem Appell an Gefühle und Wünsche zum Sprung über die Hürde ansetzen kann.

Wie erwartet, ging es ähnlich wie bei der Wahl zum Zweiten Deutschen Bundestag nicht um die entscheidenden Fragen der Politik. Die Argumentation der SPD gegenüber den von der Regierungspartei aufgewiesenen Erfolgen war im allgemeinen schwach und bewegte sich durchgehend auf dem Boden einer im großen und ganzen nicht versagten Anerkennung. Ihre Ausstellungen und Erinnerungen befaßten sich mit „Schönheitsfehlern, mit Beiläufigkeiten und Randerscheinungen". Die großen Fragen nach einer auch heute vielleicht noch denkbaren oder wünschenswerten gemeinwirtschaftlichen Ordnung auf einzelnen Gebieten wurden kaum noch angesprochen. Die Kontrolle einer möglichen Vermachtung einzelner besonders potenter Wirtschaftsgebiete wurde so zahm angemeldet, daß man deswegen keinerlei klassisch-sozialistische, marxistische oder klassenkämpferische Gedankengänge vorzutragen brauchte, sondern sich je nach Geschmack auch auf die christliche Soziallehre, ja, wörtlich auf „Quadragesimo anno" hätte berufen können.

Man hat sich im allgemeinen im Wahlkampf an die Methode gehalten, nicht differenzierte Überlegungen dem Wählervolk vorzutragen, sondern es mit grobgeprägten „Feststellungen" und mit emotionalen Aufrufen zu bedienen. Und doch soll das Mandat, das diesen Aufrufen zu verdanken ist, die unverkürzte Vollmacht enthalten, auch die differenziertesten und schwierigsten Fragen der nächsten vier Jahre zu lösen. Etwa nach den verkürzten Formeln des Wahlkampfes? Sollte das eintreten, so droht hier die größte Gefahr. Hier ist zugleich die Einbruchstelle für eine vielleicht tödliche politische Resignation wie auch politischen Zynismus, welche beide den besten Willen und die von harten Realitäten gebotene Nachdenklichkeit der Mandatsträger bis zur Unwirksamkeit schwächen können. Sie könnten jene verderbliche Mentalität fördern, aus der keine tieferen Gedanken, schöpferischen Vorstellungen, härtester Selbstkritik entspringende Entschlüsse stammen, sondern jene ungenügenden Formeln, denen der Wähler plebiszitär seine Zustimmung gegeben hat. „Großer alter Staatsmann, Du strahlst Vertrauen und Sicherheit aus, überlege und handle für uns, befiehl und setze Dich durch, wir folgen Dir" — und wir tragen die Folgen! Was Paul Sethe in seinem bekannten Buch schon von der zweiten Bundestagswahl sagte, gilt noch stärker von der dritten: Konrad Adenauer hat das Vertrauen des deutschen Volkes in der Bundesrepublik in einem Maße auf sich konzentriert, wie es bei einem demokratischen Staatsmann schlechterdings ungewöhnlich ist. Mit ominöser Betonung und Zuspitzung wird verkündet, der Wähler könne nicht sagen, er habe nicht gewußt, worum es ginge. Stimmt das wirklich? oder werden wir nicht alle Opfer des Dilemmas, in dem die Politiker weder die Fähigkeit noch den Willen haben, ihren Völkern die totale Ausweglosigkeit einer Politik der Macht und des damit verbundenen militärischen Rüstungsdenkens schmerzvoll zu offenbaren? Wir erinnern uns des denkwürdigen Wortes, das der Bundeskanzler seinerzeit im Bundestag gesprochen hat: Die Bundesrepublik habe durch ihre Partnerschaft in Nato auf Grund der Pariser Verträge erreicht, daß unser Land niemals Schlachtfeld wird. Wenn man diese Auffassung, die durch nichts geprüft ist und durch nichts bewiesen werden kann, ernsthaft vertritt,

wenn sie im Wahlkampf akzeptiert und mit einem überwältigenden Mandat belohnt wird, müßte es mehr als eigenartig zugehen, wenn der führende Staatsmann sich nicht berechtigt fühlte, alle Konsequenzen aus eben dieser Politik zu ziehen. Noch deutlicher ist ein anderes Wort, das im Wahlkampf in verschiedenen Abwandlungen, aber immer gleich deutlich gefallen ist: Wir wollen kein kollektives Sicherheitssystem, wir wollen nicht, daß die Amerikaner den europäischen Kontinent verlassen, weil auf der anderen Seite der Russe niemals weit genug zurückgeht, weil er, offen und genau gesprochen, selbstverständlich immer auf dem europäischen Kontinent bleibt, wir wollen die Nato, wir wollen in der Nato bleiben! Wir? Wer ist das? Ist es die Bundesrepublik oder ein wiedervereinigtes Deutschland? Steckt darin nicht das tatsächliche und, wir müssen es leider hinzufügen, bewußte Sichabfinden mit dem Status quo? Denn könnte einer auch nur im Traume hoffen oder beabsichtigen, mit einem solch programmatischen Schlüsselwort von massivster Ungeniertheit der Wiedervereinigung auch nur einen einzigen Schritt näherzukommen? Man „möchte" die Wiedervereinigung; aber „will" man sie auch? Daß man sie „will", kann man einzig und allein dadurch beweisen, daß man die harten, widerstrebenden Realitäten prüft und den herben Mut aufbringt, sich allein von ihnen belehren und korrigieren zu lassen.

Wir sind in der nicht ungünstigen Lage, das, was wir hier meinen, mit den Worten eines gewiß unverdächtigen politischen Zeugen, Hubert Humphrey, des demokratischen Senators und Vorsitzenden des Unterausschusses für Abrüstungsfragen im amerikanische Senat, deutlich auszudrücken: „Das heutige Deutschland ist eine geteilte Nation. Das deutsche Volk will und braucht seine Einheit, doch nicht unter der Kontrolle einer fremden Macht, sondern in Freiheit als eine souveräne und unabhängige Nation. Soll die Wiedervereinigung Deutschlands mehr als ein Schlagwort sein, so muß die westliche Politik beharrlich und realistisch zu Werk gehen. Zur Stunde jedoch scheint weder die Politik der Westmächte noch die der Sowjets in diesem Punkt hinreichend wendig zu sein, um die Hoffnung auf Fortschritt in Richtung einer Lösung dieses Problems stärken zu können. Wir sollten herauszufinden versuchen, ob irgendeine Grundlage vorhanden ist für die Versöhnung der bisher diametral entgegengesetzten Standpunkte der westlichen Mächte und der Sowjetunion bezüglich der deutschen Frage. Wird eine solche Anstrengung gemacht, so müssen die westlichen Nationen sich klar sein, daß sich ein Europa mit einem wiedervereinigten Deutschland von dem heutigen erheblich unterscheiden dürfte. Der Unterausschuß (für Abrüstungsfragen im amerikanischen Senat) schlägt daher einige Grundsätze vor, denen zu folgen sowohl den Interessen der Vereinigten Staaten wie denen der europäischen Länder dienlich sein würde.

Diese Grundsätze sollten als eine Einheit betrachtet werden. Sehr wahrscheinlich wird ein freies und wiedervereinigtes Deutschland nicht ohne eine gewisse Begrenzung seiner Streitkräfte und seiner Waffenvorräte zu erreichen sein. Damit jedoch solche Beschränkungen bindend wären, müßten sie von gleichartigen Begrenzungen sowohl bei anderen europäischen Nationen als auch bei den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion begleitet sein. Diese Beschränkungen sollten Anwendung finden auf die Nato-Länder, ebenso auf die Länder des Warschauer Paktes. Außerdem sollten sie Hand in Hand gehen mit einer Verlegung der sowjetischen Streitkräfte in Osteuropa und der amerikanischen in Westdeutschland."

Wir wollen nicht behaupten, daß sich Hubert Humphrey mit diesen Empfehlungen ohne Vorbehalt auf der Linie des bekannten Gaitskell-Planes bewegt. Doch sind gewisse Gemeinsamkeiten zwischen den Auffassungen dieser beiden Politiker mehr als beachtlich. Hugh Gaitskell spricht von „dem militärischen Rückzug des Westens aus der Bundesrepublik und dem Abzug der Sowjets aus der DDR bei gleichzeitiger Errichtung einer von den vier Mächten garantierten neutralen Zone." Der Jahreskongreß der britischen Labour-Party hat zugleich mit Vorwürfen an die Regierung, sie ließe es an Initiative mangeln, um die Teilung Deutschlands zu beenden und ein politisches Übereinkommen in Europa zu erreichen, diesen Gedanken als den einzig konstruktiven Vorschlag bezeichnet, der in diesem Jahr vorgelegt worden sei.

Sind nicht von beiden Politikern unsere eigensten und schwierigsten Probleme mit einer Deutlichkeit ausgesprochen, die in der Bundesrepublik nicht üblich, ja, fast tabu ist, zu der wir aber in der Zukunft wahrscheinlich gezwungen werden?

Man muß nach diesem Wahlkampf zum Dritten Bundestag nun ernsthaft fragen, ob jetzt die Regierungspartei mit ihrer absoluten Majorität bereit ist, über alle gefährlichen, selbst im Wahlkampf nur schwerlich erlaubten Vereinfachungen hinweg sich realistisch der aus der geographisch-politischen Lage Deutschlands und aus seiner Mittlerrolle sich zwangsläufig ergebenden Situation, ihren Gefahren, Möglichkeiten und Aufgaben zu stellen und — gegen alles zur Gewöhnung gewordene Wunschdenken — sinnvolle Konsequenzen zu ziehen.

Gegen das Wort „Rapallo" hat man Abneigung und gefährlichen Verdacht erzeugt. Es wäre töricht, an die genaue Wiederholung geschichtlicher Situationen zu glauben. Wie aber kommt es, daß auch Stresemanns Politik des Berliner Vertrages von 1926 heute tabu ist? Müssen wir nicht darangehen, die so lange ungenau, vielleicht sogar leichtfertig gebrauchte, deswegen so gefährliche Formel von der „Politik der Stärke" endlich nach ihrem wahren politischen Sinn zu interpretieren? Brünings vor einigen Jahren vorsichtig ausgesprochene Warnung vor einer allzu doktrinären und statischen Außenpolitik verdient heute weniger denn je die scharfe und unverständliche Ablehnung, die sie seinerzeit allerhöchsten Ortes hervorgerufen hat. Gerstenmeiers hin und wieder selbst im Wahlkampf lautgewordenen realistischen Fragen und meist recht präzisen Erwägungen verdienen weiter entwickelt zu werden. Mit der erschreckend einseitigen Betonung der integralsten bundesrepublikanischen Nato-Politik sind diese Fragestellungen kaum zu vereinbaren. Verzichten wir aber auf die realistische Diskussion dieser Frage, so ist das, was wir etwas volltönend unsere Wiedervereinigungspolitik nennen, mitsamt den wohlformulierten Erklärungen der Westmächte ein reines Schattengefecht. Wir wüßten nicht, wie diese „Wiedervereinigungspolitik" dem gefährlichen Verdacht entgehen könnte, nicht ernsthaft gemeint, nicht sauber durchdacht, nicht konsequent gewollt zu sein.

Die neue Bundesregierung wird, sicherlich unter ständiger Berufung auf das ihr durch den Wahlausgang übertragene Mandat, bestrebt bleiben, die Bundeswehr mit den „jeweils besten und modernsten Waffen" auszustatten. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit wird aber zuvor und immerfort an die Regierung Fragen, und nicht nur Fragen allein, zu stellen haben. Sie wird wissen wollen, was die Bundesregierung im politisch-diplomatischen Felde unternimmt. Sie wird weiter wissen wollen, was die Bundesregierung getan hat und zu tun gedenkt, um auf die Einstellung der Atomwaffenversuche, auf eine vertragliche Ächtung dieser Massenvernichtungsmittel, auf die kontrollierte Abrüstung und — in der zweiten Phase — auf den Abbau des einseitig militärisch gedachten Sicherheitssystems in Blöcken hinzuwirken. Von der Intensivität und Glaubwürdigkeit dieser Bemühungen wird es auch abhängen, ob sich ein wirklich ernsthafter Disput an den durch West und Ost gemachten Vorschlägen, zu denen auch der beachtliche Vorschlag einer atomaren Neutralität in Mitteleuropa gehört, entwickelt und in unserer bundesdeutschen Politik seinen realistischen Niederschlag findet. Die atomare Aufrüstung würde die Gefahr einer atomaren Vernichtung in einem Konfliktfall in einem solchen Ausmaß heraufbeschwören, daß keine verantwortliche Regierung diese Konsequenz bei ihren Planungen übersehen darf.

Es muß erwartet werden, daß die Majoritätspartei des Dritten Bundestages und die von ihr getragene Regierung neue Vorstellungen entwickelt und diplomatische Aktionen startet, die nicht ebenso beschämend wie gefährlich hinter dem zurückbleiben, was seinerzeit einen Patrioten wie Gustav Stresemann bewegt und zu angespanntesten Bemühungen und Leistungen angetrieben hat, denen wir nicht nur ein ehrendes, sondern auch ein für unser Volk unentbehrlich nutzbares und hoffentlich fruchtbares Gedenken schuldig sind.

Dr. Ulrich W. Doering

Neue Lage durch Interkontinentalrakete

Zur Frage der Ausrüstung der Bundesrepublik mit Atomwaffen

Russische und amerikanische Raketenwaffen

Kaum eine andere Nachricht hat die Welt so aufhorchen lassen wie die Mitteilung aus Moskau, daß Rußland die sogenannte Interkontinentale Rakete (IKR) nunmehr besitze. Die Rakete, so konnte man in der lapidaren Nachricht weiter lesen, habe eine Reichweite bis zu 10 000 km. Von der Sowjetunion aus könne damit praktisch jeder Punkt der Erde erreicht werden. Die Rakete könne Wasserstoffbomben als Gefechtskopf tragen. Ein führender amerikanischer Militär bemerkte, daß bisher alle russischen Verlautbarungen gestimmt hätten.

Es muß angenommen werden, daß es sich nicht um einen erstmals gelungenen Versuch handelt, ja, die Serienfabrikation der IKR ist möglicherweise schon angelaufen. Man rufe sich dazu die wenig bekannt gewordene Meldung westlicher Geheimdienste ins Gedächtnis zurück, wonach die Russen bereits seit 1952 eine einstufige Rakete mit einer Reichweite von 3000 km besitzen. Gewiß, der Übergang zum mehrstufigen Prinzip dürfte manche Probleme gestellt haben, aber dennoch nicht so schwer gewesen sein. Ferner verblüfft die Offenheit, mit der die Russen eine Treffunsicherheit von 10 bis 20 km zugeben. Diese Einschränkung wird jedoch praktisch dadurch überholt, daß die IKR als Gefechtskopf eine Wasserstoffbombe zu tragen vermag, also eine bedeutend schwerere Bombe als die übliche Plutonium- oder Uranbombe. Eine solche H-Bombe hat einen absolut tödlichen Zerstörungsradius von 20 bis 30 km, und selbst darüber hinaus ruft sie unermeßliche Schäden hervor. Nachdem, was man über frühere Raketenentwicklungen der Russen weiß, muß man mit einer genialen Einfachheit der Rakete rechnen. Schon im letzten Kriege haben uns die Sowjets durch eine geradezu frappierende Einfachheit der von ihnen gefundenen Lösungen verblüfft. Es muß also damit gerechnet werden, daß die „Wunderwaffe" bereits jetzt oder in kürzester Zeit ein gar nicht so teures Produkt der Massenherstellung werden kann. Und wenn der sowjetische Luftmarschall Werschinin wenige Tage nach der sensationellen Meldung in einem Interview die Luftwaffe militärisch auf den zweiten Platz verweist, dann dürfte das den Tatsachen sehr nahe kommen.

Eine Rakete, die unmittelbar von Kontinent zu Kontinent geschossen wird, ist seit Jahren der Alptraum amerikanischer Militärs. Ihre Strategie beruht bekanntlich seit langem auf der „Einkreisung" Rußlands und Chinas durch militärische Stützpunkte, insbesondere durch Luftbasen und Raketenabschußrampen. Die USA hatten zwar schon den Traum des interkontinentalen Bombers B 36, der auch groß in die Produktion gegeben wurde; doch dieser Traum war schnell ausgeträumt, als die Russen völlig überraschend mit überlegenen Abwehr-Düsenjägern aufkreuzten.

Bei der russischen IKR mit 10 000 km Reichweite handelt es sich um eine sogenannte ballistische Rakete. Vor einem halben Jahr trumpften die Amerikaner mit einer 8000 km weit reichenden Rakete auf. Bei näherem Zusehen stellte sich heraus, daß es sich um ein unbemanntes, ferngesteuertes Düsenflugzeug handelte. Anscheinend sind die Versuche hiermit nicht zufriedenstellend verlaufen. Vor allem scheint die Einsteuerung ins Ziel sehr ungenau gewesen zu sein. Zudem bleiben solche Pseudoraketen — wie jedes Bombenflugzeug —, der verhältnismäßig leichten Erfassung durch Radargeräte auf einer erheblichen und entscheidenden letzten Wegstrecke ausgeliefert, was dem Gegner eine elektronisch gesteuerte Ablenkung ermöglicht. Solche Pseudoraketen sind zudem dem risikolosen Angriff supersonarer Jagdflugzeuge ausgesetzt, sogenannter Überschalljäger mit Geschwindigkeiten von ca. 2000 km und mehr pro Stunde. Vergleichsweise denke man an den totalen Mißerfolg der ersten dieser „falschen" Raketen, der V 1, von denen gegen Kriegsende bis zu 90% abgeschossen wurden — bei einer nicht einmal von langer Hand vorbereiteten englischen Abwehr.

Die neue angekündigte russische IKR dagegen verhält sich wie das Geschoß einer Kanone. Sie fliegt, durch eigenen Antrieb sich beschleunigend, in einer ballistischen, etwa 1500 km in den Raum hinausreichenden Kurve und erreicht dabei die kaum vorstellbare Geschwindigkeit von etwa 20 000 km/h. Der erste Prototyp einer solchen Rakete war un-

sere V 2, die es allerdings nur auf 250 km Reichweite brachte. Man vergleiche jedoch die Geschwindigkeit von 20 000 km/h mit derjenigen der amerikanischen Pseudorakete von nur ungefähr 1200 km/h. Dieser Unterschied ist nicht nur strategisch wichtig, er ist ausschlaggebend für die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Abwehr.

In den USA ist man offensichtlich bei der Entwicklung der nicht weniger als drei Dutzend verschiedenen Raketenwaffen, in denen man sich dort versucht hat, im wesentlichen auf den Bahnen der V 1 und V 2 weitergewandelt. Die Russen, das steht fest, haben radikal neue Wege eingeschlagen. Eine wichtige Konstruktionsmaßnahme scheint die Selbstversteifung der zwar 28 m langen, aber ganz dünnen und leichten Raketenhülle durch Aufblasen unter mehreren Atmosphären Druck — nach Art eines Schlauchbootes — gewesen zu sein. Auf diese Weise wird das Gewicht der eigentlichen Raketenkonstruktion auf nur ein Zwölftel des Gesamtgewichts reduziert, während bei der deutschen V 2 das eigentliche Raketengewicht dreimal so groß war! Ein weiterer wichtiger Schritt scheint die Abschaffung der schweren und teuren, von künstlich zersetztem Wasserstoffsuperoxyd angetriebenen, mächtigen Pumpe zu sein, die pro Sekunde 150 bis 200 l Treibstoff fördern muß. Eine dritte Verbesserung dürfte die radikale Ersetzung aller üblichen Antriebsmittel wie Alkohol etc. durch Borverbindungen gewesen sein, wahrscheinlich wohl durch einen Borwasserstoff, der abgesehen von dem bedeutend größeren spezifischen Energieinhalt auch eine viel höhere Reaktionstemperatur aufweist. Diese Temperatur wird um so entscheidender, je schneller die Rakete fliegt und je schneller also die Geschwindigkeit des Raketenstrahles sein muß, damit ein guter Nutzgrad erzielt wird. Luftwiderstand erzeugende Steuerflossen scheinen ebenfalls abgeschafft und durch eine kardanige und durch Fernsteuerung zu betätigende Aufhängung des Raketenofens ersetzt worden zu sein. Alles in allem: es scheint sich bei der russischen IKR im Vergleich zu den alten deutschen Plänen und den amerikanischen Entwicklungsrichtungen um eine r a d i k a l e Neuschöpfung zu handeln.

Die amerikanische Abwehr-Situation

Schon die Abwehr von Düsenflugzeugen mit Geschwindigkeiten von 1200 km/h bereitet erhebliche Schwierigkeiten. In den vorjährigen Manövern rechnete die amerikanische Heimatluftabwehr mit dem Durchkommen von 20 bis 30 % russischer Langstreckenbomber vom Typ Bison und TU 104. Dabei bietet ein solcher Bomber mit seiner breiten Vorderkante, mit seinen Einsaugöffnungen für 4—8 Düsenaggregate, mit Bugkanzel etc. eine vergleichsweise ideale Reflektionsfläche für Radargeräte, die ja Reflektionsgeräte sind. Eine Bodenabwehr mit Hilfe etwa der bekannten ferngesteuerten USA-Nike-Rakete, die vom Boden aus in Richtung des anfliegenden feindlichen Bombenträgers abgeschossen wird und diesen schließlich durch eigenes Orientierungssystem anfliegt, ist gegenüber einer ballistischen Rakete, die ja nicht wie Bombenflugzeuge oder Pseudoraketen (Typ V 1) in verhältnismäßig geringer Höhe anfliegt, sondern als Geschoß aus riesiger Höhe mit rasanter Geschwindigkeit ankommt, praktisch unmöglich. Die russische IKR, die nicht einmal metallene Steuerflächen besitzt, dürfte der Radarabwehr eine harte Nuß zu knacken geben. Es findet an ihr kaum eine Reflektion, jedenfalls keine in Richtung auf die Sendeapparatur — was ja für die Erfassung ausschlaggebend ist —, statt. Die Radarwellen gehorchen bei Auftreffen und bei Reflektion genau den Gesetzen der optischen Strahlung. An der Rakete ist aber nichts da, was die Strahlung zurückwirft, außer dem vergleichsweise geringen Querschnitt und der nur seitlich faßbaren Länge. Die Spitze dürfte zudem noch mit einem Schutzmantel, vielleicht einem Holzstoffpräparat, überzogen sein, dessen eigentlicher Zweck es ist, beim Niederfallen — dabei selbst abbrennend — einen großen Teil der Reibungswärme unschädlich zu machen. Die jetzt verbreitete Nachricht, durch verstärkte Radarvorrichtungen werde es möglich sein, eine solche IKR schon auf Tausende von Kilometern aufzufassen, gehört unzweifelhaft in den Bereich der Märchen. Die Erfassung dürfte kaum mehr als einige 100 km vor dem Ziel möglich sein. Eine zweite Schwierigkeit ist: Womit will man die IKR abschießen oder zerstören, vorausgesetzt, daß man sie aufgefaßt hätte? Das wäre nur möglich durch annähernd gleichschnelle Raketen, die wegen der erheblichen Treffunsicherheit mindestens einen Atom-, wenn nicht Wasserstoffkopf erhalten müßten. Man muß außerdem wissen, daß bei der russischen IKR nur noch der eigentliche Gefechtskopf gleich einer überschnellen Granate aus dem Außenraum in Richtung Ziel heran-

braust. Dieser Kopf besteht fast vollständig, jedenfalls was seine Außenhaut anbelangt, aus dickwandigem Uran 238 oder sogar aus Kobalt. Beide Metalle sind stahlhart und nicht etwa leicht verwundbar wie Flugzeugzellen und Flugzeugmotoren. Der eigentliche Explosionsmechanismus und das eigentliche Zündmaterial Plutonium und schwerer Wasserstoff befinden sich im Innern und sind ebenfalls recht unempfindlich. Sodann übersieht man geflissentlich folgendes: Ein Körper, der mit 20 000 km/h anfliegt, d. h. mit 5000—6000 m in der Sekunde, verhält sich bezüglich seiner Flugbahn so starr und invariabel wie ein Stab von der mehrfachen Härte des besten Stahls. Nur durch eine Explosion in unmittelbarer Nähe, und zwar durch eine Atomexplosion, ließe er sich ablenken oder zerstören. Möglicherweise könnte man mit vorgeschobenen Radaranlagen, die sehr vervollkommnet und irrsinnig teuer wären und die an zahlreichen Stellen aufgestellt werden müßten, schon auf größere Entfernung eine IKR auffassen, und vielleicht könnte man sie auch theoretisch über ein riesiges elektronisches Organisationssystem mit Hunderten von Abwehrraketen, von denen jede ungefähr so viel kostet wie eine IKR, abschießen. Es fragt sich nur, mit welchem Gesamtaufwand! Er dürfte ungefähr beim Hundertfachen und mehr dessen liegen, was der Gegner in eine IKR, ihre primitive Abschußvorrichtung und ihre Einsteuerungsvorrichtung hineinstecken muß. Für den Gegner wiederum wäre es ein leichtes — sogar mit derselben Fernlenkvorrichtung — drei oder sechs IKR auf einmal loszuschießen. Eine wirksame Abwehr ist dann ins Reich des Wunschdenkens verwiesen. Die Abschuß- und Fernsteuerungsvorrichtungen sind außerdem schon wenige Minuten nach dem Start einer Serie von IKR bereit für den Start einer neuen Serie. Es tritt sodann bei dem enormen Gebiet, das man mit IKR von einem einzigen Punkte Rußlands aus überstreichen könnte und das ohne weiteres die ganze USA umfaßt, das ein, was man die Übersättigung der Abwehr — die immer lokal gebunden ist — an einem Punkte nennt. 70 wenn nicht 80 % der amerikanischen Industrie sind zudem auf engem Raum konzentriert: auf das Dreieck Boston — Baltimore — Pittsburg und auf den Raum von Cleveland bis Chicago; dazu kommt die enggesiedelte Flugzeugindustrie in Kalifornien. Dieser industrielle Bereich der USA macht nur etwa ein Zwanzigstel der Weiträumigkeit des Landes aus. Ganz anders in Rußland, wo die Industrie über schätzungsweise zehnmal so große Areale verteilt ist.

Die russische IKR gibt deshalb den besinnlichen, abwägenden und vernünftigen Kreisen Amerikas, denen auch der amtierende Präsident anzugehören scheint, ein entschiedenes Übergewicht über die Scharfmacher und jene Kreise um die Senatoren Knowland, Kennan und Styles-Bridges. Man kann daher, was das Verhältnis der beiden großen Weltmächte zueinander anbelangt, von der russischen IKR, so erstaunlich es ist, nur Gutes erwarten.

Auch Mittelstreckenraketen scheinen in Rußland bereits seit Jahren in Massenfabrikation zu sein. Diese eignen sich u. a. zum Abschuß von Unterseebooten aus. Es ist inzwischen kein Geheimnis mehr, daß die Russen gar nicht so sehr die Absicht haben, die Unterseeboote zur Unterbindung des transozeanischen Schiffsverkehrs einzusetzen, sondern sie hauptsächlich als Atomraketenträger verwenden wollen, die aus Küstenentfernungen von 500 bis 1500 km nicht nur Ziele an den amerikanischen Küsten, sondern auch Ziele weit im Hinterland beschießen können.

Und das Schicksal der USA-Stützpunkte ?

Muß nun die russische IKR für uns ein Anlaß zur Beunruhigung sein? Denn schließlich wollen wir doch ausnahmsweise auch einmal nach unseren Belangen und unserem Schicksal fragen, und nicht immer nur nach dem der Nato, der „Westlichen Welt" usw. Eines ist klar: die Russen werden ihre IKR, die in jedem Falle teurer ist als die Mittelstreckenrakete (Reichweite 2000 bis 3000 km) nicht gegen uns einsetzen. Es ist eine Waffe, die für ausgesprochen große Entfernungen, also im Ernstfall für die USA bestimmt ist.

Die Mittelstreckenrakete ist das Paroli der Russen gegen die vorgeschobenen amerikanischen Stützpunkte, — vor allem gegen die Luft- und Atombasen in Deutschland, in der Türkei und gegebenenfalls in Pakistan.

Führende amerikanische politische und militär-wissenschaftliche Journale haben immer wieder darüber geschrieben, von welch' großer Bedeutung für die USA die Entwicklung eigener Mittelstreckenraketen sei, das heißt solche mit 2000 bis 3000 km Reichweite, die,

von bundesdeutschen und türkischen Basen abgeschossen, die meisten industriell wichtigen Punkte Rußlands erreichen und zerstören könnten. Veröffentlichte Weltkarten zeigen dicke schwarze Todespfeile, die von der Bundesrepublik, der Türkei und von Pakistan ausgehen und nach Rußland hineinstoßen. Sie bedeuten: bis dorthin können wir alles auf Kommando zerstören. Dazu kommen die eindeutigen und endlos wiederholten Kommentare, die darauf hinauslaufen, daß die in der Bundesrepublik stationierten, vorgeschobenen USA-Basen Rußland so weit anschlagen könnten, daß ihm dann vom atomgesicherten, für russische Gegenmaßnahmen wenig zugänglichen Amerika aus der Fangstoß gegeben werden kann. Gerade in bezug auf solche Kombination ist das Interview des Oberbefehlshabers der russischen Luftstreitkräfte W e r s c h i n i n mehr als instruktiv. Zunächst war er bemüht, die Aufregung über die russische IKR abzuschwächen. Er meinte, diese Entwicklung sei schließlich vorauszusehen gewesen und es sei hier nur das eingetreten, was sich in der Geschichte der Waffentechnik schon mehrmals vollzogen habe, nämlich daß Rußland früher als von den Gegnern gedacht und sogar vor diesen Probleme gelöst habe. Für w i c h t i g e r halte er im Grunde den russischen Vorrat an Mittelstreckenraketen mit A- und H-Gefechtsköpfen, die m e h r als ausreichten, um alle von den USA gegen Rußland vorgeschobenen oder im Dienst der USA stehenden Stützpunkte im Ernstfall völlig zu vernichten. Werschinin mahnte dann: Die für Rußland absolut notwendige und erstrangige Vernichtung dieser zahlreichen und verzweigten, von der Nato im Ernstfalle gegen Rußland eingesetzten militärischen Installationen in gewissen Ländern — er vermied es, Staaten zu nennen —, könnte sich naturgemäß in der Kürze der Zeit nur mit A- und H-Bomben vollziehen, und diese würden bei der Vielfältigkeit und Verzweigtheit dieser Nato-Installationen praktisch die völlige Vernichtung der Bevölkerung und der Industrie dieser Länder zur Folge haben. Diese Warnung kann man nicht ernst genug nehmen. Wenn die Russen, wozu sie im Ernstfall gezwungen wären, Flugplätze, Raketenbasen, organisatorische, nachrichtentechnische und verkehrstechnische Einrichtungen und Zentren, die für die Nato in Deutschland militärisch wichtig sind, schnell und gründlich vernichten wollen, so bleibt dabei weder von der Bevölkerung der Bundesrepublik noch von ihrer Industrie auch nur irgendetwas anderes übrig als eine einzige furchtbare Atomwüste.

Abrüstungs- und Verständigungsbeitrag statt Atom-Aufrüstung

Nachdem die Amerikaner bei den jetzt monatelang geführten Abrüstungsverhandlungen in London zwar Konzessionen machten, aber in einem sehr charakteristischen Punkt nicht nachgaben, nämlich Abrüstung und Inspektion nicht auf ihre vorgeschobenen Basen ausgedehnt wissen wollten, haben die Russen offenbar den Zeitpunkt für richtig gehalten, ihre IKR anzukündigen.

Es ist eine logische Entwicklung, wenn die IKR nun zur Lufttaxe gemacht wird, die einen künstlichen Mond an den Ausgangspunkt seiner Bahn befördert. Seit dem 5. Oktober 1957 wissen wir, daß dieses Experiment gelungen ist. Die Kreise, die dieser neue Satellit in nur eineinhalbstündiger Umlaufzeit zum erstenmal um unsere Erde zog, die Kreisläufe weiterer, ihm folgender Satelliten sind nicht nur geophysikalische Tatsachen, sondern in einem nicht absolut genug zu wertenden Ausmaß politische und strategische Fakten. Sie zwingen alle Überlegungen und Handlungen der Kabinette dazu, neue internationale Fahrpläne aufzustellen und vor allem den Umgangston und die Druckknöpfe für starke Hände zu untersuchen. Auch mit geringem politischen Gedächtnis wird man sich in diesen Tagen der beschwörenden Forderungen des US-amerikanischen Botschafters bei der UNO Cabot L o d g e entsinnen, der die Ächtung der Raketenwaffen und der Satelliten forderte.

Daß es eine Weile dauert, ehe solche Neuigkeiten ins Bewußtsein eindringen, wissen die Russen. Die russische IKR verbessert erheblich die Aussichten für eine Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen und das Zustandekommen einer wirklichen Abrüstung, bei der ganz selbstverständlich auch die vorgeschobenen Bastionen der Amerikaner einbezogen werden müssen. Es ist daher zu hoffen, daß bei Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht nur eine Inspektion, sondern auch der Abbau der vorgeschobenen Luftwaffen- und Raketenbasen von den Amerikanern in Betracht gezogen und die Frage einer Aufrüstung der Bundesrepublik mit Atom- und Raketenwaffen überprüft wird.

Und wer denkt heute noch daran, daß die westdeutsche Wiederbewaffnung zuerst mit der Notwendigkeit einer Polizeitruppe gegen die ostdeutsche VoPo begründet wurde. Sodann verlangte man eine kleine, rein defensive Bundeswehr von 200 000 Mann. Dann wurde die Wehrpflicht eingeführt. Dann sabotierte man das schon lange schwebende Gesetz über die nur friedliche Ausnutzung der Atomenergie. Jetzt wird geflissentlich der Schrei nach Atombewaffnung erhoben. Die Entwicklung hat für jeden, der noch einigermaßen Gedächtnis hat — leider sind es immer sehr wenige — eine geradezu frappierende Ähnlichkeit und Parallelität mit der politischen und militärischen Entwicklung vor dem zweiten Weltkrieg. Auch jetzt wieder das seit Jahrhunderten immer schon charakteristische Fehlen jeden Sinns für Maß und Ziel, für vernünftigen Zweck und Selbstbescheidung.

Eins sei hier mit aller Klarheit gesagt: Bonn und die Bonn drängenden Interessengruppen der Großindustrie, speziell der Rüstungsindustrie und der Rüstungsfinanz, aber auch die ehrgeizigen Militärs stehen jetzt am Scheidewege. Diesmal können sie nicht, wie in den beiden letzten Weltkriegen, auf ein Überleben hoffen, um in Kürze wieder unauffällig ans Ruder zu kommen. Der Krug, falls man ihn noch einmal zum Brunnen tragen sollte, wird diesmal brechen — das ist gewiß. Mit aller Klarheit muß auch herausgestellt werden: Die Verschiebung des militärischen Potentials von konventionellen Waffen zu Atomwaffen hin verbessert nicht etwa die Position der Bundesrepublik — nach dem Rezept: deutsche Atombomben gegen russische Infanteriemassen —, sondern sie macht sie im Gegenteil noch schlechter. Unter dem Gesichtspunkt des atomaren Krieges ist aber auch noch ein anderer Faktor von ausschlaggebender Bedeutung, nämlich die Dichte der bevölkerungsmäßigen Besiedelung und die Dichte der industriellen Packung eines Landes. Nächst Belgien und England liegen wir in dieser Beziehung an der Spitze. Die Atomwaffen und insbesondere die furchtbare Wasserstoffbombe sind aber ausgesprochene Flächenvernichtungswaffen. Schon im letzten Krieg begann die Taktik des „area bombing" nach Planquadraten mit den bekannten fürchterlichen Folgen. Dasselbe würde sich tausend- und abertausendfach verstärkt in einem künftigen Kriege vollziehen. Und ein künftiger Krieg würde noch totaler sein, als selbst Goebbels ihn sich jemals erträumt hat. Da praktisch alle verkehrstechnischen, nachrichtentechnischen und industriellen Anlagen ebenso wie die militärischen Einrichtungen Ziele darstellen, und da in der Bundesrepublik diese Anlagen und Installationen untrennbar verfilzt sind, so kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß die Bundesrepublik Planquadrat um Planquadrat völlig vernichtet würde.

Angesichts solcher Tatsachen fällt eine weitere Verharmlosung der Atombomben, nämlich die Vorstellung von einer sog. „sauberen" Atombombe, in sich zusammen. An der totalen Vernichtungsfläche, die in der Hauptsache durch die gewaltige Hitzestrahlung, den Feuerorkan und die Druckwelle verursacht wird, ändert sich nämlich bei der „sauberen" Atombombe gar nichts, nur die radioaktiven Fernwirkungen und Spätwirkungen würden verringert werden. Es ist für den Bundesbürger, der sich jetzt noch als Wunderdeutscher fühlt, aber ziemlich gleichgültig, ob er am radioaktiven Siechtum, an schrecklichen Verbrennungen oder unmittelbar durch stürzende Mauern und fliegende Gesteinsbrocken oder durch Zerfleischung von dem Explosionsdruck zugrunde geht.

Die Bundesrepublik würde bei Durchsetzung einer atomaren Aufrüstung eindeutig Verantwortung und Schuld für die mögliche Entfesselung eines Atomkrieges innerhalb des dicht besiedelten Europa auf sich nehmen. Wird Europa nicht mit Atomwaffen ausgerüstet, so ist die Frage der atomaren Kriegführung eine solche, die allein zwischen den beiden großen Supermächten, den USA und der UdSSR, auszutragen ist — im Bösen oder aber, was augenblicklich wahrscheinlicher erscheint, im Guten. Eine atomare Aufrüstung der Bundesrepublik würde Europa, diesen engen, übervölkerten Kontinent, in ein veritables Pulverfaß verwandeln, wo der geringste Funke die totale Vernichtung unserer Bevölkerung überhaupt bedeuten würde.

Wir Deutsche sollten uns angesichts solcher Tatsachen besinnen und in uns gehen und an das ungeheure Leid denken, das wir in zwei Weltkriegen über zahllose Völker, über die halbe Welt gebracht haben. 50 Millionen Tote und 10 000 zerstörte Städte, Millionen von Waisen und Witwen, Meere von Blut und Tränen klagen uns an. Wenn wir schon Tote nicht auferwecken können, ungezähltes Leid nicht ungeschehen machen können und materiell von unserem erneuten Wohlstand an die Millionen Geschädigter nichts abgeben, dann sollten wir wenigstens einen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten — und damit nicht zuletzt auch für uns selbst.

Prof. Dr. Karl Bechert

Die Wissenden müssen handeln!

Es gibt ein Gesetz, nach dem die wichtigsten Entscheidungen in Politik und Technik sich zu vollziehen scheinen, die heute das Leben auf der Erde bestimmen. Es ist ein kindlich, kindisch kurzsichtiges Gesetz, unter dessen Zwang die Politiker handeln, die Technik ihre Wunder erzeugt und unser Leben stört mit Lärm und Staub, mit Gift in Luft und Nahrung. Es ist ein und dasselbe Gesetz, das uns die Bequemlichkeiten unseres täglichen Lebens verschafft hat und die Atomwaffen, das geborgene Zuhause mit seinem Überfluß und die Unrast, und die Ratlosigkeit gegenüber den großen Aufgaben unserer Zeit. Die letzten hundert Jahre sind durch die Entwicklung der exakten Naturwissenschaft bestimmt worden und durch deren technische Anwendung. Es wurde immer deutlicher, daß es das Verfahren war, das dieser Naturwissenschaft zu ihren Erfolgen verhalf: eng begrenzte Fragestellung, Ausschaltung aller äußeren Einwirkungen und störenden Einflüsse, soweit möglich. Wenn man die Fragestellung nur genug einengte, das Ziel nur scharf genug bestimmte, so blieb die Antwort, das Ergebnis nicht aus. Daß mit der Fragestellung selbst die Erkenntnismöglichkeiten bereits eingeengt wurden, blieb den Nachdenklichen nicht verborgen. Für die Anwendung der Ergebnisse in der Welt der Nützlichkeit aber wurde entscheidend die Sicherheit und Wiederholbarkeit der Ergebnisse. Die Wissenschaft hatte gezeigt, daß auf das Einhalten bestimmter Vorschriften als Belohnung der gewünschte Erfolg eintreten werde; verwendet man Bleibenzin an Stelle des gewöhnlichen Benzins als Brennstoff in Kraftwagenmotoren, so wird der Motor ohne Klopfen laufen. Daß das Bleibenzin für den Menschen gesundheitsschädlich ist, spielt bei dieser Überlegung natürlich keine Rolle, sie ist ja rein technisch und insoweit völlig richtig, als sie voraussagt, was der Motor tun wird, wenn er Bleibenzin statt des gewöhnlichen Benzins bekommt. Der Erfolg des naturwissenschaftlichen Verfahrens war verblüffend. Überall gelang es, Verbesserungen zu erzielen. Die zivilisierte Welt ging daran, mit einem immer mehr anwachsenden, heute bereits riesigen Stab von naturwissenschaftlich und technisch geschulten Menschen an allem, was sie hatte und erstrebte, zu verbessern in diesem engen zielgerichteten Sinn des „kurzsichtigen Nutzens". Kennzeichnend ist: der unmittelbar vorschwebende Zweck soll erreicht werden, und zwar möglichst vollständig; was sonst an Wirkungen, oft sehr unerwünschten Nebenwirkungen auftritt, das liegt außerhalb der Blickweite technischer, industrieller, oft auch wirtschaftlicher Entscheidungen. Man nimmt ungern von Schäden Kenntnis, die mit einer technischen Verbesserung einhergehen; nicht selten werden sie verharmlost, die Mahner beschimpft, lächerlich gemacht oder totgeschwiegen. Entscheidend ist der kurzsichtige Nutzen: die Beurteilung mit dem Maßstab der kurzen und eingeengten Sicht gibt den Ausschlag über Entwicklung und Einführung technischer Fortschritte. Es steht nicht der Mensch im Mittelpunkt der Entscheidung, sondern der Nutzen für das Unternehmen oder auch für den Staat. Wie sehen die Arbeiter in Zementwerken aus, und wie wenig kümmert sich die Fabrik darum, daß die Leute in der Umgebung in staubiger Luft leben müssen! Wie lange dauert es, bis eine gesicherte wissenschaftliche Erkenntnis, wie die von der krebserzeugenden Wirkung gewisser Chemikalien, dazu führt, daß der Zusatz solcher Stoffe zu Nahrungsmitteln verboten wird, oder daß in einer Industrie, die mit schädigenden Stoffen arbeitet, hinreichende Sicherheitsmaßnahmen für die Arbeitenden getroffen werden! Und wie schwer ist es, die Gefährlichkeit eines Stoffes oder eines Verfahrens zu beweisen, wenn mächtige Interessen dadurch gefährdet werden!

Allmählich setzte sich mit der Technisierung des Krieges das Prinzip des kurzsichtigen Nutzens auch in der Kriegsführung und in der großräumigen Politik durch: der totale Krieg wurde möglich, der Gegner soll völlig vernichtet werden, und der Gegenspieler in der Weltpolitik ist der Erzfeind, der aus dem politischen Spiel ausgeschaltet werden soll. So entstanden die Atomwaffen und die heutige politische Lage: Ein Rüstungswettlauf, der immer schneller wird, der die Wirtschaft der Völker immer mehr belastet, der immer schrecklichere Waffen entstehen läßt, deren Erprobung allein schon eine tödliche Bedrohung für die Menschheit bedeutet und für ihre Zukunft.

Was nun? Das Gesetz, nach dem die Entscheidungen, vor allem die wichtigsten unserer Zeit, gefällt werden, eben das Gesetz des kurzsichtigen Nutzens, hat uns

so weit gebracht. Wir müssen jetzt lernen, in längeren Zeiträumen, in größeren Zusammenhängen und vor allem in menschenwichtigeren Begriffen zu denken und zu entscheiden als denen des unmittelbaren Zweckes und des primitiven Nutzens. Wenn durch die Bedrohung mit völliger Vernichtung und sinnloser Zerstörung alles mühsam Aufgebaute von uns genommen werden soll, dann müssen die Wissenden und Entscheidenden reden und handeln nach einem Denken, bei dem der Mensch, sein Leben und seine Seele im Mittelpunkt der Entscheidung steht. Die Wissenden, da sie den Schlüssel zur weiteren Entwicklung in der Hand halten, müssen wirklich reden und handeln. Von ihrem Verhalten hängt weitgehend ab, was die Entscheidenden tun werden und tun können.

Die Wissenden sind mitverantwortlich dafür, daß die Gefahren richtig gewertet werden und daß entsprechend auf der Erde gehandelt wird. Es muß immer wieder gesagt werden: Es ist an der Zeit, daß die Wissenden reden; und die Vertreter der sittlichen Mächte, die Kirchen, müssen sich dem anschließen. Sie alle müssen der Menschheit immer und immer wieder sagen, daß Atomwaffenversuche und Atomrüstung ein Ende haben müssen. Die Wissenden können aber mehr tun, als zu den Menschen von den Gefahren zu sprechen. Auf der Londoner Abrüstungskonferenz ist deutlich geworden, daß man sich bemüht, eine Einigung zu finden in der Weise, daß das Handeln auf dem Gebiet der Atomrüstung unter Kontrolle gestellt wird. Die Physiker und Techniker sind die einzigen, die wirklich Vorschläge dazu machen können, wie solche Kontrolle beschaffen sein muß, wenn sie wirksam sein soll. Die großen wissenschaftlichen Gesellschafter müßten eine internationale Konferenz nach Art der Genfer Atomkonferenz einberufen, auf der von Wissenschaftlern beider Seiten gemeinsame Vorschläge für die Überwachung der Atomrüstung, die Einstellung von Atomwaffenversuchen und die Atomabrüstung ausgearbeitet werden. Eine ähnliche Aufgabe bietet sich den Erbforschern der Erde: Eine gemeinsame Erklärung aller Wissenschaftlichen Gesellschaften, welche der Erbforschung dienen, mit der wissenschaftlich begründeten Forderung, daß die Atomwaffenversuche sofort einzustellen sind, weil nach heutiger Kenntnis nicht ausgeschlossen werden kann, daß diese Atomwaffenversuche das Erbgut der Menschheit in entscheidender Weise auf lange Zeit schädigen, — eine solche Erklärung wäre ein Bekenntnis zur Verantwortlichkeit der Wissenschaft, und sie würde Eindruck machen bei allen Völkern der Erde. Und alle großen wissenschaftlichen Gesellschaften der Erde sollten sich verständigen darüber, in einem gemeinsamen Aufruf alle Wissenschaftler aufzufordern, daß jeder einzelne sich schriftlich erkläre, daß er in Zukunft sich weigern werde, an der kriegerischen und allgemein der mißbräuchlichen Verwendung der Wissenschaft sich zu beteiligen. So könnte die Zahl derer, die sich an solchem Mißbrauch beteiligen, schnell und wirksam auf eine immer geringer werdende Zahl eingeschränkt werden. Ein solcher Aufruf würde eine gewaltige Wirkung auf die Menschheit haben. Es ist an der Zeit, daß die Wissenden handeln!

Den Aufruf dieses vorigen Absatzes habe ich auf dem dritten Internationalen Vitalstoff- und Ernährungs-Konvent in Stuttgart-Bad Cannstatt am 21. September 1957 als Schluß eines Vortrages vorgelesen. Einer der anwesenden Schweizer Wissenschaftler meinte in der Diskussion, wir im Westen könnten leicht solche Entschließungen fassen, der Osten werde sich darum nicht kümmern. Ich sage: Die Genfer Atom-Konferenz vom Sommer 1955 hat gezeigt, daß die östlichen und die westlichen Wissenschaftler sich voreinander freimütig über Forschung und andere Fragen aussprechen können. Allerdings stand hinter dieser Genfer Konferenz die Neugier der militärischen und politischen Stellen, etwas über den „Gegner" zu erfahren. Aber warum sollten nicht die Vorstände der großen westlichen wissenschaftlichen Gesellschaften und der großen östlichen versuchen, über den Eisernen Vorhang hinweg ein Gespräch zu beginnen über die hier genannten Fragen? Sollte sich dabei zeigen, daß die eine der beiden Seiten nicht bereit ist, in ein Gespräch über die Verminderung und schließliche Ächtung der Kriegsforschung einzutreten — dann müßte man sofort versuchen, die Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Oder glaubt noch jemand daran, daß der mit dem Wettrüsten eingeschlagene Weg zu einem guten Ende führen kann? Welches Ziel schwebt den Menschen vor, die sich an diesem Wettrüsten beteiligen? Daß man den „Gegner" endgültig überholen werde? Daß man ihn durch Überraschungsangriff auslöschen kann? Der Gegenschlag ist immer möglich, der auch den Angreifer

vernichtet. Gegen Raketen großer Reichweite, die aus der Stratosphäre herunterfallen, oder gegen kriegerische Satelliten gibt es nur eine einzige Abwehr: die Abrüstung.

Aber auch die anderen Gefahren des Mißbrauchs wissenschaftlicher Erkenntnis sollten nicht unterschätzt werden. Wir sind aufgerufen, jetzt zu handeln. Sagen wir es laut und immer wieder: Wir wollen nicht, daß die Politik der gegenseitigen Bedrohung und der ständigen Kriegsangst weitergehe, wir wollen nicht, daß die Atomwaffenversuche weitergehen, die uns und unsere Nachkommen schädigen, wir wollen nicht, daß Arbeit und Erkenntnis mißbraucht werden zum Schaden der Menschen.

Anm. d. Red.: Eine ausführliche Darstellung der Gedanken dieses Aufsatzes findet sich in den Veröffentlichungen von Prof. Dr. Karl Bechert: „Der Wahnsinn des Atomkrieges" (Rede vor Abgeordneten des Deutschen Bundestages am 16. April 1956), Verlag Diederichs, Düsseldorf; und „Unsere Verantwortung im Atomzeitalter" (Rede auf der 10-Jahres-Feier des Gesamtverbandes Braunschweigischer Lehrer am 9. September 1956), Verlag „Stimme der Gemeinde", Darmstadt. Eine wesentlich erweiterte Fassung dieses Braunschweiger Vortrages, in der wiederum nachdrücklich gefordert wird, daß die Wissenden jetzt reden sollen, wurde von Prof. Dr. Karl Bechert in Göttingen am 24. September 1956 gehalten. Diese erweiterte Fassung wird demnächst in dieser Zeitschrift erscheinen.

Dr. Kurt Maiy

Die Warnung aus Tokio

Dieser Bericht wurde von dem bekannten holländischen Mediziner, der vom 6. bis 16. August 1957 in Tokio an der bedeutsamen „Dritten Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben und für Abrüstung" teilnahm, für uns geschrieben. Dr. K. Maiy, als Arzt in Amsterdam tätig, sammelte 1955 650 Unterschriften von Professoren und Ärzten zu einem Appell an die beiden Kammern der General-Staaten. Darin wurde unter Bezug auf die von Wissenschaftlern von Weltbedeutung festgestellten Tatsachen und die daran geknüpften ernsten Warnungen die sofortige Einstellung der Atomversuchsexplosionen gefordert. Dr. Maiy hatte im Anschluß an die Weltkonferenz Gelegenheit, in Hiroshima mit einer großen Reihe der dort unter dauerndem Siechtum lebenden Atomopfer zu sprechen.

Die Einladung des „Japanese Council against A- and H-bombs" nach Tokio kam mir sehr gelegen, beschäftigte ich mich doch seit Jahren mit zwei dringlichen Fragen: Ich wünschte exakte und wissenschaftlich unterbaute Angaben über die Gefahren der Atombombenversuche zu erhalten und Wege kennen zu lernen, die wir gemeinsam in allen Ländern einschlagen müssen zu einer Abwehr des atomaren Krieges mit allen seinen Schrecken, der größten jemals die Menschheit bedrohenden Gefahr. Auf beide Fragen gab es ausführliche und befriedigende — wenn auch keineswegs beruhigende Antworten.

Die Organisation der Weltkonferenz lag völlig in den Händen des „Japanese Council" unter Leitung von Prof. Kaoru Josushi. Alles für diese Massenveranstaltung benötigte Geld ist durch das gesamte japanische Volk aufgebracht worden, vom Taxichauffeur bis zum Professor. Alle haben in der vollen Überlegung gegeben, daß es hier für ein gutes Ziel zu opfern galt, das die ganze Nation und darüber hinaus alle Völker angeht. Neben 5000 Vertretern aus ganz Japan nahmen 100 Delegierte aus 25 Ländern an der Konferenz teil. Unter anderem waren 15 Abgesandte aus Australien gekommen, darunter Mitglieder des Parlaments, Geistliche und Vertreter der Gewerkschaften, weitere 11 aus Indien, 6 — dabei 2 Frauen — aus den USA. Die UdSSR hatte 6 Vertreter geschickt, unter ihnen den Vorsteher der griechisch-katholischen Skorbyaskchenskaya-Kirche in Moskau und als Delegationsleiter Dr. Kairow, Präsident der Akademie für pädagogische Wissenschaften. Vertreten waren ferner China, Indonesien, Ceylon, Ägypten, Frankreich, Großbritannien, Italien, Portugal, Westdeutschland und die Niederlande. Diese Menschen aus den ver-

schiedensten Ländern der Welt, verschiedenen Standes, Berufes und Bekenntnisses — Christen, Buddhisten, Hindus, Gandhi-Anhänger, Vertreter der Friedensbewegung und der Gewerkschaften, Wissenschaftler, Politiker usw. — debattierten in einer Überzeugung: Es muß Frieden kommen und bleiben! So ist man auf diesem bedeutsamen Kongreß zu einheitlichen Resultaten gekommen, einmal auf religiös-sozialem und zum anderen auf wissenschaftlichem Gebiet.

Alle Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse kamen einstimmig zu der Forderung, daß die Versuchsexplosionen mit A- und H-Bomben sofort und ohne Vorbehalte zu beenden sind. Außerdem muß ein Verbot der Ausfuhr von Atomwaffen aus den Herstellerländern bzw. der Einrichtung von Militärbasen für atomare Waffen in anderen Ländern als USA, UdSSR und England gefordert werden. Weiter muß eine vollständige, und da dies nicht sofort möglich ist, zumindest eine wirksame Teilabrüstung erfolgen. An die Generalversammlung der Vereinten Nationen und an die beteiligten Regierungen wurde eine Eingabe mit diesen Forderungen gerichtet, zu deren Unterzeichnern auf japanischer Seite auch an der Weltkonferenz teilnehmende Opfer der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki gehören. Das Ersuchen an die Atommächte, sofort und ohne Vorbehalte ein Abkommen über das Verbot der Versuchsexplosionen zu schließen, wird als eine Angelegenheit allererster Ordnung bezeichnet, übereinstimmend mit dem inständigen Verlangen aller Völker nach internationaler Entspannung und nach Abwendung der durch Radioaktivität verursachten Gefahren. Es wird festgestellt, daß ein System der Begrenzung und Kontrolle der Versuche nicht genüge, daß vielmehr eine Übereinkunft den Weg freimachen müsse für eine allgemeine Abrüstung und damit für das Verbot der Herstellung, des Gebrauchs und der Anlage von Lagern von A- und H-Bomben.

Von religiöser Seite wurde der Vorschlag gemacht, daß in allen Kirchen der Welt an einem Tag in der Woche von den Kanzeln für den Frieden gebetet werde und daß die Kirchen jährlich einen Friedensmonat halten. Die Ergebnisse der Weltkonferenz in Tokio sollen durch alle Gläubigen behandelt werden und sich zu einer rufenden Stimme in der ganzen Welt vereinen. Ein intensiver Gedankenaustausch der Geistlichen aller Länder wird als eine wichtige Unterstützung hierzu angesehen.

Ich möchte nun kurz einiges aus den wissenschaftlichen Erörterungen in Tokio mitteilen. Zum Problem der radioaktiven Verseuchung durch „fall out" berichtete Prof. S. Ogawa, daß sich für die verschiedenen Länder der Erde in Hinsicht auf die Anreicherung mit dem gefährlichen Radiostrontium ^{90}Sr nur wenig unterschiedliche Zahlenwerte ergeben. Für Ende 1956 betrugen diese bereits 16 bis 20 Millicurie pro Quadratmeile. Für die Zukunft schätzt Prof. Ogawa, daß der ^{90}Sr-Gehalt des Bodens in einigen Jahren auf 40 bis 65 Millicurie pro Quadratmeile ansteigen wird. Die Schätzungen sind jedoch nicht bei allen Wissenschaftlern ganz gleichlautend.

In bezug auf das gammastrahlende Cäsium-Isotop ^{137}Cs, das zehn Jahre nach einer Atomexplosion einen bedeutsamen Anteil an den entstandenen Radiogiften hat, berechnete Dr. Shiokawa als gegenwärtigen Wert 2,9 bis 4,7 Millicurie pro Quadratmeile jährlich für die gesamte nordöstliche Halbkugel; für Japan selbst ergibt sich der hohe Wert von 10 Millicurie.

Das meteorologische Institut in Tokio unter Leitung von Dr. Miyaka meldet das stärkste Vorkommen von ^{90}Sr in der Bikinisee, in der UdSSR und in Nevada (USA). Hier finden sich in einem begrenzten Gebiet, auf die Atombombenversuche zurückzuführen, die höchsten Werte. Es besteht auch ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Anreicherung an ^{90}Sr und der Windrichtung: In Gebieten mittlerer Breite bewegt sich die Zunahme von West nach Ost, in den unteren Breitengradgebieten von Ost nach West. Vor allem durch die Explosionen in Nevada und in der Bikinisee ist eine starke Zunahme von Strontium 90 festzustellen. Die totale Anreicherung mit ^{90}Sr auf der ganzen Erde berechnet das Institut

3,5 Millicurie pro Quadratmeile, jedoch nicht gleichmäßig konzentriert, nämlich:
5,7 Millicurie pro Quadratmeile auf der nördlichen Halbkugel und
1,5 Millicurie pro Quadratmeile auf der südlichen Halbkugel, und zwar hier am stärksten im Nordosten der Halbkugel.

Eine starke Zunahme der Verseuchung durch Radiostrontium war seit August 1956 zu bemerken. Der im Januar 1956 gemessene Wert von 1,88 Millicurie pro Quadratmeile stieg bis zum Dezember 1956 auf 5,39 Millicurie an. Der Anteil von ^{90}Sr an den durch eine Atom-

explosion erzeugten und sich hauptsächlich in der Atmosphäre verteilenden radioaktiven Stoffen beträgt rund 5 Prozent. Der Ausfall aus der Luft erreicht seine Spitze erst 15 bis 16 Jahre nach der Explosion. Da dieser gefährliche Stoff eine Halbwertszeit von 28 Jahren hat*), kann sich seine radioaktive Giftwirkung auf Mensch und Tier voll auswirken. Unter Berücksichtigung der biologischen Stoffwechselvorgänge beträgt — dies schaltet der Berichterstatter ein — nach Mitteilung von Prof. Bechert in Mainz die effektive Halbwertzeit dieses furchtbaren Giftstoffes im menschlichen Körper 7,4 Jahre. In Tokio hat sich die aus künstlich erzeugter Radioaktivität herrührende Gammastrahlung seit 1954/1955 verdoppelt!

Die Wissenschaftler Doke und Saito fanden kürzlich bei der Untersuchung der künstlichen Radioaktivität der Luft, daß diese in den letzten Jahren bis auf 10^{-18} Curie pro Liter angestiegen ist. Das ist das Hundertfache von 1955! Ein anderer Forscher, Dr. Ishü, hat Feststellungen in der Troposphäre, indem er Meßinstrumente an Ballons aufsteigen ließ, gemacht und gelangt dabei sogar zu Werten von 4×10^{-16} c/ce.

Über die Verseuchung von Nahrungsmitteln durch Radiostrontium berichtete Prof. Hiyama unter anderem, daß er in braunem Reis — also im dortigen Hauptnahrungsmittel — 50 bis 150 SU feststellte**). In grünem Blattgemüse fand er 10 bis 15 SU. Analog dieser Verseuchung wurden in den Knochen verstorbener Japaner 0,1 bis 4 SU aus ^{90}Sr pro 1 kg Ca gefunden. Der genaue Vorgang, wie ^{90}Sr in die Knochen gelangt, ist noch nicht völlig geklärt; doch ist es unzweifelhaft so, daß dieses Radiostrontium eine Art Satellit von Calcium ist, wie Kuyu auf der Konferenz in Pugwash angedeutet hat. Daß die Feststellung einer solchen Zunahme von ^{90}Sr nicht vernachlässigt werden darf, betont Prof. Doke von der Universität in Tokio noch besonders in einem Kommentar zu den Meinungsäußerungen von Sir J. S. Cockcraft, Leiter der British Atomic Energy Establishment, und von Dr. W. F. Libby, Mitglied der U. S. Atomic Energy Commission. Diese beiden beamteten Wissenschaftler haben die Messungen von 16 bis 17 Millicurie pro Quadratmeile bestätigt und ebenfalls die Schätzungen von 65 Millicurie in fünf Jahren. Andererseits glauben sie nicht, daß auf dem Wege Erdboden—Nahrungsmittel—Milch—Knochen—Mensch die „zulässige" Dosis erreicht wird. Dies mag — meint Doke — für andere Länder vielleicht zutreffen, in Japan liegen die Dinge völlig anders, denn dort besteht die gesamte Ernährung zu 50 Prozent aus Reis. Was das ^{137}Cs betrifft, so wird dieses in den Muskeln gespeichert, wo es durch seine Gammastrahlung festgestellt werden kann. Vor allem Prof. Rotblat aus England hat hier Messungen vorgenommen, die mit denen japanischer Wissenschaftler übereinstimmen.

Eine weitere Frage, die erörtert wurde, war: Gibt es eine „zulässige Dosis" oder Grenze für die Einwirkung von radioaktiven Strahlen? Die Antwort lautete: Nein, denn auch bei der geringsten Menge treten bereits Veränderungen auf. Diese zeigen sich auf genetischem Gebiet — nach Prof. Muller, USA — schon bei vielen Opfern in unserer Generation. Prof. Rotblat, der mit ihm darin übereinstimmt, erbrachte durch Versuche mit Ratten, Mäusen, Hunden und Affen den Beweis, daß jede Strahlungsmenge dazu beiträgt, daß vor allem die Lebensdauer der Generation abgekürzt wird. Zu dem gleichen Ergebnis kamen unabhängig davon japanische Untersuchungen. Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang ein kürzlich bekannt gewordenes und nicht absichtlich vorgenommenes Experiment in Amsterdam. Dort fand man Anfang September dieses Jahres stark mißbildete Frösche in einem Graben, in den ein Institut, das Isotopen herstellt (I. K. O.), seinen radioaktiven Müll, genau gesagt radioaktives Gold und Jod, entleerte. Obwohl noch vieles an diesem Vorgang genauer untersucht werden muß, ist die Tatsache, daß es dem Biologen Hellenius aus Amsterdam nicht gelungen ist, aus dem Graben einen einzigen ausgewachsenen Frosch zu fangen, eine Stützung der Auffassung der obengenannten Forscher, daß die Lebensdauer der einer bestrahlten Generation folgenden Tiere stark verkürzt ist, so daß in diesem Fall kein Frosch zur Reife gelangte. In körperlicher Hinsicht scheint bereits bei geringen Strahlendosen eine Zunahme von Leukämie und Knochenkrebs aufzutreten. In Japan haben beide jedenfalls zahlenmäßig stark zugenommen, und zwar sowohl als Folge der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki als auch durch die Zunahme der künst-

*) D. h., in dieser Zeit ist er zur Hälfte zerfallen. Die verbleibende Menge zerfällt wieder in der gleichen Zeitspanne zur Hälfte usw. Dabei entstehen weitere gefährliche Stoffe, bei ^{90}Sr z. B. der Beta-Strahler ^{91}Y (Yttrium).

**) SU ist eine von dem Amerikaner Dr. Libby vorgeschlagene und der biologischen Giftwirkung winziger Mengen radioaktiver Stoffe angepaßte Maßeinheit. Auf ^{90}Sr bezogen entspricht sie 10^{-3} Mikrocurie pro 1 kg Calcium.

lichen Radioaktivität aus Versuchsexplosionen. Diese Tatsache wird durch viele Wissenschaftler bestätigt, u. a. Lewis, Crow, Sturivant und Rotblat.

Der letztgenannte Atomwissenschaftler aus London, Prof. Rotblat, gab auch eine kurze Kennzeichnung der sogenannten „sauberen" Atombombe. Obwohl auch diese Bombe in jedem Fall noch 5 Prozent der Radioaktivität einer „schmutzigen" Bombe entwickelt, liegt jedoch — abgesehen von einer großen radioaktiven Verseuchung der Welt — die größte Gefahr in der ungeheuren Explosionskraft, die diese Sorte Bomben entwickeln kann. Sie kann nämlich das 2500fache der üblichen Atombomben erreichen und damit in Sekundenschnelle Millionen Menschen hinmorden.

Ich möchte Ihnen eine Wiedergabe all des Entsetzlichen, das ich selbst in Hiroshima habe sehen können, ersparen. Ich beschränke mich auf die Erwähnung, daß noch in diesem Jahr 185 (!) Opfer der vor zwölf Jahren abgeworfenen Bombe an Strahlungsschäden gestorben sind. Welches Ausmaß der Vernichtung wir daher zu erwarten haben, wenn mit den Versuchsexplosionen von A- und H-Bomben fortgefahren wird und im Kriegsfall „saubere" Bomben angewandt werden, brauche ich nicht weiter zu schildern.

Die wissenschaftliche Kommission der dritten Weltkonferenz, gebildet von 50 japanischen und 15 Gelehrten aus acht anderen Ländern, nahm eine umfassende Resolution an. Darin wird auf all diese Erkenntnisse der Wissenschaft, die sich aus der radioaktiven Verseuchung ergeben, hingewiesen und besonders darauf verwiesen, daß auch die Anwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken die radioaktiven Einwirkungen auf den Körper steigert und deshalb sorgfältig beobachtet werden muß. Es wird bekundet, daß Übereinstimmung darüber besteht, daß jede, auch die kleinste Strahlungszunahme, die Aussicht auf Zunahme von Leukämie, Knochenkrebs und genetischen Schäden erhöht. Es wird für notwendig erachtet, die Versuchsexplosionen zu beenden, und zwar so schnell wie möglich, da die Versuche eine steigende Gefahr für das menschliche Leben und unsere Nachkommenschaft mit sich bringen. Das wissenschaftliche Zeugnis über einen Atomkrieg, der mit „sauberen" und — unvermeidlich — auch „schmutzigen" Bomben geführt werden würde, laute, daß er unausbleiblich eine Tragödie für die gesamte Menschheit werden würde und er deshalb um jeden Preis vermieden werden muß. Die Resolution teilt dann die einstimmige Annahme eines Vorschlages eines Vertreters der „Weltföderation der wissenschaftlichen Arbeiter" mit, die Untersuchung all dieser Probleme in größerem Umfang fortzusetzen, um die Gefahr zu verdeutlichen und die wissenschaftlichen Untersuchungen über die möglichen Folgen der Atomexplosionen einem großen Kreis bekanntzumachen, um dadurch eine internationale Kontrolle zustandezubringen. Aus der Verantwortung der Wissenschaftler heraus wird das sofortige Atomversuchsverbot, die Einrichtung eines internationalen Kontrollsystems, die Ächtung der Kernwaffen und die Nutzbarmachung der Wissenschaft im Dienste des menschlichen Fortschritts gefordert. Die Wissenschaftler erklärten, an der Aufklärung der Menschheit arbeiten zu wollen und ihren Einfluß auf die Politiker geltend zu machen.

An Lord Bertrand Russell richtete die Kommission ein Telegramm, in dem sie ihm Dank und Anerkennung für seine Bemühungen aussprach, die Gelehrten der ganzen Welt miteinander in Verbindung zu bringen, um die durch die Atomwaffen entstandenen Probleme zu erörtern. Zugleich mit dem Glückwunsch über den Erfolg der internationalen Zusammenkunft von Wissenschaftlern in Pugwash, die Lord Russell veranlaßt hatte, wurde er gebeten, seine Bemühungen fortzusetzen und möglichst bald unter Teilnahme von vielen Gelehrten eine weitere Konferenz zustandezubringen.

Der „Dritte Weltkongreß" nahm zu seinem Abschluß eine Erklärung an, die sich vor allem an die Vereinten Nationen wendet. Darin wird ausgesprochen, daß eine Zukunft in Sicherheit ohne Furcht vor Krieg und ohne die zunehmenden Gefahren durch radioaktive Ausschüttung der größte Wunsch aller Völker der Erde ist. Alle Kernwaffen werden als ein gefährlicher Ausdruck der Vorbereitung eines atomaren Krieges betrachtet. Es wird ein Herstellungsverbot verlangt und Aufbewahrung unter internationaler Kontrolle; gegen die Errichtung besonderer militärischer Atomstützpunkte wird protestiert. Zugleich mit dem Verlangen nach allgemeiner kontrollierter Abrüstung wird die Auffassung ausgesprochen, daß die gleichzeitige Auflösung aller militärischen Blöcke und die Aufgabe aller militärischen Stützpunkte sowie das Zurückziehen aller Truppen aus fremden Ländern die Gefahr eines Atomkrieges vermindern würde.

Die vergessene Schule

In einer unserer wirtschaftlich besonders blühenden Landeshauptstädte wurde vor wenigen Wochen dem Oberschulrat dieser Stadt bei einem Besuch in dem dafür zuständigen städtischen Amt das fertige Modell einer geplanten neuen Siedlung am Stadtrande gezeigt. Der leitende Mann von der Schulverwaltung betrachtete die moderne Miniaturkolonie mit Interesse und Respekt, doch schien ihn plötzlich etwas zu beunruhigen, und er wandte sich an den ihn begleitenden Beamten vom Planungsamt mit der Frage: „Schön — aber wo sollen die Kinder der Siedlung zur Schule gehen?" Der andere rückte nun auch näher, beugte sich über das Modell, suchte und forschte und mußte am Ende verlegen zugeben, die Schule, ja also die Schule, die sei offensichtlich vergessen worden ...

Eine gewiß nicht alltägliche Bereicherung der trüben Farbenskala unserer zunehmenden Gleichgültigkeit gegenüber dem Geist und der Zukunft, — ein groteskes Versehen, das sich in irgendeiner Hottentottenmetropole bestimmt nicht zugetragen hätte und das sich bei uns um so klarer als Symptom entpuppt, als es nicht zu einem beliebigen Zeitpunkt, sondern ausgerechnet auch noch unmittelbar vor der Bundestagswahl passierte, als sich die Parteien gerade unter anderem auch damit gegenseitig zu übertönen versuchten, daß jede von sich behauptete, mehr als die anderen für Bildung und Erziehung übrig zu haben. Freilich klang dieser geistige Ton nur sehr nebenbei mit, und es siegte dann ja auch die Partei, die ihn am wenigsten bemüht hatte, — was beweist, daß sich die vergessene Schule nicht nur als ein Schlaglicht auf die Paradoxie zwischen Sprüchen und Taten darstellt, sondern zugleich auch als eine ganz natürliche Folge der tatsächlichen geistigen Verhältnisse in unserem Lande.

Der Vorfall macht einen sehr ernsten und folgenschweren Konstruktionsfehler unserer Gesellschaft offenbar. Planer, denen so etwas unterläuft, verraten gegen ihren Willen, daß sich ihnen die ewig gültigen Proportionen zwischen Geist und Materie verdunkelt haben. Wohlstand, Hygiene, Komfort und Verkehr in Rechnung zu stellen — symbolisiert durch die praktisch ausgeführten Teile des Modells —, den theoretischen Unterbau des Ganzen aber fortzulassen — symbolisiert durch das vergessene Schulgebäude —, bedeutet, daß unser Volk immer unfähiger werden muß, jene Grundunterscheidung zu treffen, die man aus gegebenem Anlaß am besten so formuliert: Am Anfang war das W o r t — und nicht die D-Mark.

Bezeichnend ist ja schon, daß ein so grundlegendes Versagen eines Amtes oder eines Beamten weiter nicht ernst genommen wird. Es geht womöglich als kuriose Story durch die Presse, wird belächelt oder schlimmstenfalls privatim mißbilligt, zieht aber für die Verantwortlichen nicht einmal so viel nach sich wie das Durchbrennen mit der Portokasse für einen abenteuerlustigen Stift. Die Mahner und Warner jedoch, die Skeptiker des Wirtschaftswunders, die nicht müde werden, darauf hinzuweisen, daß Wesen und Gestalt der Bundesrepublik einem zu schnell hochgeschossenen Jungen gleichen, dessen innere Organe mit dem Wachstum der Knochen und Muskeln nicht mitgekommen sind, — sie werden indessen von einer zunehmenden Mehrheit solange zu Außenseitern, Irrealisten und schließlich zu Anhängern jener Schimäre gestempelt, die man schon wieder ganz ungeniert „die vaterlandslose Linke" nennt, bis sie entweder resignieren, auswandern — oder den Kampf um den Sieg der Humanität in Deutschland selbst im Bewußtsein seiner Aussichtslosigkeit noch fortsetzen.

Die Lichtstreifen am Horizont der Weltsituation sind dabei für uns in Deutschland zwar eine Hoffnung, aber kein Trost. Für uns geht es nach wie vor um die vergessene Schule — nach Stalingrad und Hiroshima, nach dem Appell der Achtzehn und nach dem 15. September 1957 in mehr als nur einer Beziehung. Konrad Adenauer versprach am 16. September dem Volk eine Politik der Mäßigung. Hält er endlich Wort, so wird ihm kein vernünftiger Deutscher im Wege stehen. Im Inneren begänne diese Mäßigung mit einem sinnvollen, längst fälligen Ausgleich der Gewichte zwischen Kultur und Wirtschaft.

Johannes Weidenheim

Dr. Anton Neuhäusler

Realismus bis zum Ende

Wir mögen soviel darum reden, wie wir wollen: es ist offensichtlich, daß wir in den vergangenen Wochen kein schlagendes Argument gegen die Angst vor Rußland gehört haben, keines, das so schlagend wirkte wie die Reden, die eben diese Angst schürten. Es wäre ungerecht, den Wählern nur die laue Befangenheit vom deutschen Wirtsaftswunder vorzuwerfen, so wahr es ist, daß viele ihr Kreuz einfach bei „Mir geht's gut" zeichneten. Aber daß viele Wähler dieses Kreuz vorzogen, obwohl sie wissen mußten, daß sie es zugleich bei „Wehrpflicht" und „Atomrüstung" machten, das hat seinen Grund in der Ausweglosigkeit, in der sie sich wähnten, und in die man sie seit Jahren immer mehr verstrickte: Wenn der Westen nicht der Stärkste ist, wird uns der Osten überfallen. Wenn wir nicht unseren Beitrag zur westlichen Verteidigung leisten, wird uns Amerika im Stich lassen. Wenn wir nicht die Wehrpflicht haben und wenn wir nicht mit den wirksamsten Waffen ausgerüstet sind, ist unser Beitrag wertlos. Also wählten wir die Politik der Stärke!

Der Kettenschluß ergibt sich einfach genug, um von allen, die sich überhaupt einige Gedanken oder Gedankensprünge zur Rechtfertigung ihres Kreuzes leisteten, vollzogen zu werden. Sicher wendet jeder den Schluß anders, aber die drei Kerngedanken sind immer darin enthalten: 1. Starker Westen schützt Westdeutschland. 2. Westdeutschland gehört zum starken Westen und 3. zum starken Westen gehört ein starkes Westdeutschland.

Was haben wir dem Sog dieses Schlusses entgegenzusetzen? Es sieht fast so aus, als seien es nur unrealistische Emotionen, mit denen wir gegen seine Stringenz ankämpfen: Die Hoffnung, daß uns Rußland nicht unterjochen wird, der Degout gegen den Barras und — freilich am schwersten wiegend — menschheitliche Sorge überhaupt. Denn die Drohung nuklearer Vernichtung scheint uns die Drohung Nummer 1 der Zeit zu sein.

Der Durchschnittsbürger sieht zwar ein: Das Treiben mit der Aufrüstung, mit den Atomwaffen ist alles andere als harmlos. Das große Pulverfaß könnte leicht einmal explodieren. Und doch hält er zu denen, die es füllen helfen. Wie ist das möglich? Es gibt ein Sprichwort: Ein Spatz in der Hand ist besser als eine Taube auf dem Dach. Wenn man es ins Negative verkehrt und ihm politische Diktion gibt, heißt es: Der Russe an der Grenze ist schlimmer als die Atombombe in der Luft.

Es ist also tatsächlich so, daß diejenigen, die sich für Wehrpflicht und Atomausrüstung entschieden haben — denn von den Konjunkturisten und Konformisten wollen wir jetzt nicht sprechen — die Gefahr einer russischen bzw. russisch initiierten kommunistischen Herrschaft mehr fürchten als die Gefahr einer atomaren Vernichtung — von den „normalen" Kriegsschrecken ganz abgesehen. Die erstere scheint ihnen akuter zu sein. Für die andere, die allesvernichtende Gefahr, scheinen sie sich der Hoffnung hinzugeben: Es wird schon niemand auf den Knopf drücken, denn es hat doch jede Seite Angst vor der Vernichtung. Wehe aber — so heißt die Kehrseite dieser Hoffnung — wenn der Westen nicht der militärisch und nuklear Stärkste, zumindest Gleichstarke ist; dann würde er der Sowjetunion leichtsinnig den Weg freigeben.

Können wir aus der Teufelsmühle dieser Überlegung herauskommen? Denen, die glauben, Rußland werde Europa schon nicht unterdrücken, wirft man Mangel an politischem Realismus vor, moralischen Optimismus ohne Kenntnis der nackten Situation — auch wenn man ihnen versichert, daß man natürlich ihre Sorge wegen des Atomschreckens verstehe; aber man könne nun einmal nicht anders. Die Retourfrage ist jedoch: Ist der Optimismus derer, die glauben, die Atomhölle werde schon nicht ausbrechen, wenn man sich nur gleichwertig in Schach halte, etwa weniger gewagt? Ist er von realistischerem Mark?

Hier steht wirklich Optimismus gegen Optimismus, Wagnis gegen Wagnis. Es ist eine unheilvolle Überschätzung der eigenen Position, wenn man tut, als stände in dieser Frage auf Leben und Tod nüchterner Realismus gegen vagen Idealismus, kühle ratio gegen wirre Emotion. Auch die Ostpsychose ist eine Emotion, nicht motivierter als die Atompsychose, und die Hoffnung auf die Wirksamkeit des Atomschachs ist letzthin nicht einmal Idealismus, sondern Illusion. Selbstverständlich versuchen beide Lager ihre Hoffnungen bzw. Befürchtungen rational zu rechtfertigen. Die einen sagen: Rußland ist ge-

nügend mit seinen eigenen Schwierigkeiten engagiert. Es liegt ihm daran, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben, nicht daran, Europa zu bekriegen. Der Kommunismus kann Europa und erst recht Deutschland nicht von außen aufgezwungen werden, wenn beide sich von innen her sozialisieren. Die anderen sagen: Unter dem Schatten der Atombombe werden — aus Selbsterhaltungstrieb — Amerika und Rußland zu einem Kompromiß finden müssen. Ohne diesen Schatten aber wird die Sowjetunion nie nachgeben, erst recht nicht in der Frage der deutschen Wiedervereinigung in Freiheit.

Es ist eine bittere Sache, zu sagen, daß der Schatten der Atombombe, vielleicht, bis jetzt heilsam gewesen ist, wenn man dieses Wort überhaupt für eine so furchtbare Bedrohung borgen darf. Aber es war eben nur der Schatten. Er wird aber von einer Wirklichkeit geworfen, die nicht etwa plombiert ist, um als bloßer Schattenwerfer zu fungieren, sondern die zu jeder Stunde auslösbar ist. Denn wäre sie es nicht, wäre ihr Schatten schon vergessen. So also treiben die Weltmächte — und treibt Bundesdeutschland — Außenpolitik mit dem Finger am atomaren Abzugshahn. Der Hebel steht auf entsichert.

Nun ist es ja, wie vorauszusehen war, nicht mehr so, daß Amerika dieses „Spiel" einseitig treiben könnte, daß sein Atomgewehr besser schießt und daß es deshalb mit mehr Nachdruck drohen könnte. Vielmehr stehen sich die beiden Mächte in jenem „Patt" gegenüber, in dem jeder eigene attackierende Zug die eigene Vernichtung nach sich ziehen würde. Man kann die Situation auch mit einem gordischen Knoten vergleichen. Aber man durchhaut ihn nicht, indem man ihn nuklear sprengt. Durchhauen kann ihn nur — oder sagen wir bescheidener: ankerben kann ihn nur, wer das Wagnis des radikalen Bekenntnisses zum Frieden leistet. Das kann am ehesten Deutschland tun. Ja es wäre seine weltgeschichtliche Aufgabe nach dem letzten, von ihm entfesselten Krieg gewesen. Wir müssen endlich einsehen, und wir müssen es den „Keine-Experimente-Bürgern" klarmachen, daß der Verzicht, in der atomaren Phalanx mitzuladen, der Verzicht, die Politik des Drohens mitzumachen, die uns gegebene Chance ist, um aus Deutschland statt eines Herdes der Entzündung eine Keimstätte der Entspannung zu machen.

Dadurch wird die Welt sicher nicht mit einem Schlage wehrlos. Es gibt nun einmal, besonders heute, verteilte Aufgaben in der Weltregelung. Man versteht, daß die Großmächte, von Mißtrauen besessen, jeden kleinsten Schritt des Nachgebens ängstlich sichern wollen. Aber wenn das starrende Mißtrauen beide, und mit ihnen die ganze Welt, an den Abgrund der Vernichtung geführt hat: ist eine Geste des Vertrauens dann nicht eine Forderung der Verzweiflung, die einzige ultima ratio, die noch möglich ist? Zu ihr wäre Deutschland berufen, indem es mutig genug ist, zu sagen: Wir nehmen uns aus der Teufelsmühle der totalen Rüstung aus. Wir versuchen, eine Brücke des Nachgebens zu bilden zwischen beiden Fronten, indem wir selbst aufhören, mitzudrohen. Es ist nichts gedient, wenn wir die Fronten noch härter machen — unsere Aufgabe ist das Laden nicht mehr — es ist vieles gedient, wenn wir die Fronten entspannen helfen. Wir wollen endlich einmal ein Exempel des Friedens statuieren, nachdem wir das furchtbarste Exempel des Krieges statuiert haben.

„Unrealistisch, idealistisch, optimistisch", tönt noch einmal die Leier derer, die den politischen Realismus gepachtet haben. Sie merken nicht, daß ihr Realismus der Vernichtungsdrohung am Ende seiner Weisheit erstarrt ist, ohnmächtig, weiter vorwärts, ohnmächtig, wieder rückwärts zu gehen. Sie merken nicht, daß ihr „schlagendes Argument" sich selbst geschlagen hat: Man kann die Welt nicht mehr durch Atommacht „in Schach halten", weil es — da die Atommacht universal ist — nur mehr darum geht, sie selbst in Schach zu halten.

Gewiß, es ist ein Experiment, ein Exempel des Friedens, des Vertrauens auf das Verlangen aller Beteiligten nach Frieden zu statuieren. Es ist ein Experiment des Mutes, der Hoffnung, ohne „schlagendes Argument", es sei denn das der Verzweiflung, von der wir zur Wendung getrieben werden. Aber sehen diejenigen, die dieses Experiment verachten, nicht ihr eigenes, grauenhaftes Experiment, das sie nur nicht mehr als solches empfinden, weil sie es permanentisiert haben, weil sie es sukzessive ins Eschatologische gesteigert haben, einer dämonischen Kontinuität verfallend, an deren Ende das Ende schlechthin harrt?

Prof. Dr. Leo Weismantel

Niedergeschrieben am 15. September 1957

Während ich hier schreibe, heute, am Sonntag, den 15. September, vollzieht sich draußen die „Wahl" zum dritten Bundestag, und viel mehr sind es jene unsichtbaren Mächte als die ahnungslosen Wähler, die den Sieg bestimmten Personengruppen zuspielen, die selbst gar bald über diesen ihren Sieg erschrecken werden, denn nichts von dem, was sie dem deutschen Volk in seinen tiefsten Anliegen der Wiedererstehung Deutschlands versprechen, vermögen sie zu halten, ja umgekehrt, sie müßten und könnten wissen, daß das Volk hier die Zustimmung zu einem Todesurteil gibt, indem es Land und Leben in die Hände jener westlichen Schachspieler legt, die für das Volk nicht sichtbar sind, die aber die Drähte ziehen.

Die Verantwortung bleibt bei jenen, welche nach 1945 diese unheimliche Entwicklung der deutschen Reichsgeschichte ausgelöst haben, — jene Entwicklung, die nicht aus einer ernsthaften Durchdenkung unserer Lage kommt, nicht zur Sicht der Wahrheit hinstrebt, um aus ihr das richtige politische Tun zu finden. Diese Entwicklung kommt im Gegenteil aus der Flucht vor der Verantwortung, aus der Flucht vor der Notwendigkeit, Verbrechen, die unsere Nation im zweiten Weltkrieg nicht nur an Völkern des Westens, sondern vornehmlich auch des Ostens begangen hat, zu sühnen und Verbrochenes wieder gut zu machen und der verstörten Menschheit einen guten Dienst zu tun durch ein beispielhaftes Aufsuchen einer neuen Lebensordnung, in der auch wir unsere eigene Stellung und unseren Lebensauftrag empfangen. Nein, nichts von all dem: In der Stunde der Niederlage naht die Versuchung, sich der religiösen Reinigung zu entziehen, indem man die neuaufbrechenden Fronten der Feindschaft wahrnimmt und sich in diese neu sich bildenden Fronten des gegenseitigen Hasses und der gegenseitigen Zerfleischung als Komplize der einen dieser Fronten anbietet. So entzieht man sich „schlau wie ein alter Fuchs", — als ob das eine Haltung für Christen wäre, — der Schwere der Sühne, der Mühe der Auffindung der neuen Ordnung und ergibt sich, kaum niedergeworfen, dem alten Getriebe der Völkerverhetzung und verweigert sich jener Einsicht, die der ewige Gott an das Auffinden der „civitas dei" gebunden hat.

Heute soll das getäuschte Volk das Placet zu diesem Urteilsspruch über unser Land und Leben geben! Kein Zweifel, daß es das tun wird ...

Keine Frage, was sich nach dieser Wahl an uns vollziehen wird: Deutschland endgültig in zwei Teile gespalten; das „andere Deutschland", das Beethovens und Goethes, verraten um der Würste in den Läden, um des „Wirtschaftswunders" in den Warenhäusern willen, — das wird sich mit der Gewalt eines Sogs vollenden! Immer wieder wurde ich in den letzten Tagen gefragt: „Wie wird es ausgehen?" — Wer braucht neugierig zu sein, der seit Jahren die Spurlinien der Strömung des Schicksals sieht?

Niemand, der das Spiel der USA verfolgt, — seinen eindeutigen Versuch, Sowjetrußland einzukreisen, was man in Amerika offen zugibt, — niemand, der seine Augen vor der Rolle verschließt, die in diesem Spiel die Bundesrepublik Deutschland als militärisches Aufmarschgebiet des Westens gegen die Sowjetunion spielt, kann, wenn er nicht allen Verstand verloren hat, annehmen, es seien nach diesem 15. September 1957 auch nur noch Verhandlungen über eine Wiedervereinigung Deutschlands mit der Sowjetunion möglich. Wären die westdeutschen Politiker ehrlich vor ihrem eigenen Volk, hätten sie das vor dem 15. September 1957 den Wählermassen sagen müssen, — sie haben es nicht getan, — sie können es nicht tun, — die schwere Schuld, die sie ihrem eigenen Volk gegenüber schon auf sich geladen haben, läßt noch nicht einmal das Aussprechen der Wahrheit zu!

Seit 14 Tagen liegt die Photokopie eines schon im August dieses Jahres geschriebenen Briefes auf meinem Schreibtisch, der zur Veröffentlichung nach dem 15. September bestimmt ist, von einem, der das Kommende wirklich sieht, und hier ist zu lesen:

> „Sie ist gefährlich, die Herrschaft der ‚Alten Männer'! Es sind die, die aus den festgefrorenen Radspuren ihres Denkens nicht herauskommen, es sei denn auf die Gefahr hin, die Wagendeichsel zu brechen. Es sind die, die das Schicksal der Völker in den traurigen Wiederholungszwang hineinpeitschen, der sie — in

neuen Masken, in anderen Metamorphosen — das alte, trübe Schicksal immer wieder von neuem zu erleben zwingt! Es ist unserer Zeit nicht gegeben, das Alter zur Weisheit reifen zu sehen. Was sie als solche zu schätzen scheint, ist Halsstarrigkeit und Unbelehrbarkeit!" (So Dr. Hermann Rauschning bereits August 1957, als Betrachtung zum Wahlergebnis für die Tage nach dem 15. September 1957.)

Nur eines hätte uns retten können: Die Wahrheit. Und wir haben alles getan, der Lüge zur Herrschaft zu verhelfen! Was heute zur Wahl geht, ist ein unter schamlosem Einsatz von Millionen Wahlgeldern, unter Mißbrauch von Kirche und Kanzel betrunken gemachtes, in Unverstand dahintaumelndes Volk. Nach der „Schlacht" wird man den „Sieger" hören, wie er verkündet, die Wahl bestätige, daß das deutsche Volk sein Schicksal begriffen habe, — und nie war es dieser Erkenntnis ferner! Und der „Führer der Opposition" wird verkünden, er werde wachen, daß die Demokratie erhalten bleibe, und nie waren seine Glieder kraftloser und ohnmächtiger als an diesem Tag seiner Niederlage! Nie war er weniger fähig, die Entwicklung zur Diktatur aufzuhalten, die sich als eine totale Wiederholung der Vorgänge von 1933/39 erweist. Diese Entwicklung strebt nicht einem Zweiparteiensystem zu, sondern einem Einparteiensystem, denn eine echte Opposition durch die SPD existiert ja nicht, — sie ist lediglich eine aus der Vergangenheit verbliebene Filmkulisse ohne realpolitischen Sinn und Wert. Sie markiert nur noch den Ort, an dem einmal in früheren Zeiten vor dem 2. Weltkrieg etwas stand, denn eine echte Opposition hätte die Aufgabe, die spukhafte überalterte Welt der „Politik des alten Mannes" zu zerschlagen und die echten politischen Realitäten einer Zukunftspolitik herauszustellen, welche die verkrampfte und nur Untergang in sich tragende Politik der USA mit ihren verspäteten Weltherrschaftsansprüchen zerfetzte, welche die zum Irrtum gewordene Politik der gegenseitigen Drohung mit der Ermordung der ganzen Menschheit auflöste und dem deutschen Volke und den Völkern der Erde die Wege einer wahrhaft aufbauenden Zukunftspolitik zeigte, die vor sich die Bilder eines neuen Lebens und nicht die eines Weltuntergangs aufrichtete. Das ist nicht möglich mit lahmen Programmen, die aus dem 19. Jahrhundert vererbt sind und keinen Sinn mehr haben, weil die Welt eine andere geworden ist und in den Wehen eines neuen Säculums liegt. Nur wer die Programme aus dem Zukünftigen holt, — aus dem, was auf die ganze Menschheit zurollt —, wird diesen politischen Friedhof der deutschen Bundesrepublik aus dem Totengarten in ein lebendiges Feld zu wandeln vermögen.

Erschreckend in all dem die Kirche, welche in diesem Prozeß dieselbe zwiespältige Rolle spielt wie 1933/34: wie sie damals ein Konkordat mit Hitler schloß, — wie unheimlich dies Wort „Konkordat", — und wie sie damals die Widerstandskräfte im eigenen Schoße niedermachte, so zerfällt sie heute in die Ohnmacht der Zerrissenheit, die unvereinbar ist mit den erschütternden Warnrufen des Papstes Pius XII., welche die „Mächtigen der Erde" vergeblich aufzurütteln versuchen, von dem militärischen Wahnsinnsgetriebe zu lassen, das diese sogenannten Bonner „Christ"-Demokraten vor aller Welt so hemmungslos in offener Gehorsamsverweigerung den päpstlichen Beschwörungen gegenüber mitmachen. Man kann nur in einer Front stehen! Man kann nur den Wahnsinn dieser überalterten primitiven Politik der Stärke bekämpfen — dann darf man ihr aber nicht zugleich die Hilfe bieten, die bei uns von fast allen Kanzeln dröhnt; man kann nicht die Stimme der Vernunft predigen und gleichzeitig das Volk zu spießbürgerlichen Sinnlosigkeiten aufputschen, die seine ganze geistige und physische Existenz aufs Spiel setzen. Nie hat das westdeutsche Volk weniger gewußt, wie seine wahre Lage ist, als bei dieser „Wahl", die, von den gleichen Hintergrundsmächten finanziert, die einmal früher Hitler finanzierten, das Volk von aller vernünftigen Überdenkung seiner wahren Lage fernhält. Niemals hat das Volk weniger begriffen und durchschaut, in welch infernales Spiel es seit Jahren verflochten und verstrickt ist, um ihm das Rückgrat seiner Volkseinheit zu brechen. Als dies Spiel 1947/48 begann, — die ersten Spuren waren schon Sommer 1945 zu erkennen, — da wollten selbst die Inszenatoren, die Amerikaner, es nicht für möglich halten, daß ihnen dieser Coup gelänge. So schrieb am 12. November 1947, als Amerika zu seinem Spiel ansetzte, Deutschlands Westen dafür zu gewinnen, in die Spaltung Deutschlands mit einzuwilligen, Walter Lippman in der New York Herald Tribune jene Worte, die damals so viel Aufsehen erregten:

„Wenn irgendetwas in der Welt sicher ist, so dies, daß kein deutscher Politiker, der hofft, eine Anhängerschaft unter der breiten Masse zu finden, jemals die Teilung Deutschlands annehmen will oder kann! Nicht nur die wirtschaftliche Vereinigung der vier Zonen, sondern auch die Wiederherstellung der politischen Einheit des Reiches und die Wiederherstellung der Gebietsgrenzen ist, wie es unvermeidlich sein muß, das Ziel aller deutschen nationalen Parteien. In diesem Punkt gibt es keinen sichtbaren Meinungsunterschied von der kommunistischen Linken bis zur äußersten Rechten. Die einzige wirkliche Ausnahme bilden einige Parteien in Bayern und im Rheinland, die die Erben einer alten separatistischen Tradition sind!"

Nun, man ließ in Washington nicht locker und baute auf diese „Erben einer alten separatistischen Tradition". Man investierte etwas, und es lohnte sich! Am 15. September 1957 ist es geschafft! Churchill, der alte Kämpfer für die Spaltung Deutschlands, von den Deutschen selbst inzwischen mit der höchsten politischen Ehrung, dem Aachener Karlspreis ausgestattet, hat längst in den Deutschen die gefunden, die ihm Beifall klatschen.

Die „Umschaltung" des gesamten westdeutschen Pressewesens, Verlagswesens und des Rundfunks hat sich gelohnt, — alles wurde durch ein korruptes Lizenzwesen „gesiebt" und auf den Morgenthauplan der Vernichtung des geistigen Deutschlands eingestellt, — so daß jener „Geist" bei uns regiert, der zynisch sich pudelwohl fühlt: „Wenn wir am Rande des Abgrundes leben, so ist es erstaunlich, wie nett es sich dort leben läßt!" Sie leben „nett" am Abgrund, die sich auf diesen Handel eingelassen haben, und sie zahlen dies „nette" Leben, indem sie das westdeutsche Volk durch Aufrichtung eines politischen Propagandagebäudes reif machen für die Bereitschaft, ihr Vaterland dem westlichen, so splendiden „Bundesgenossen" als evtl. Aufmarschgelände eines dritten Weltkrieges bereitzustellen und sich selbst und ihr Leben und das der kommenden Generationen für die „Wohltäter" herzugeben, in der Stunde, in der dies Vaterland in eine atomverseuchte Wüste und das Volk selbst in ein unabsehbares Leichenfeld verwandelt werden wird.

So wird alles getan, die neuen Bundesgenossen als untadelige Menschenfreunde, die leider des bösen Nachbars wegen nicht in Frieden leben können, herauszuputzen und die schlimmen Russen zu beschuldigen als die alle Bedrohenden.

Was mußte man alles tun, um an diesem 15. September 1957 zu einem „Wahlsieg" zu kommen und das Volk dahin zu bringen, wo man es heute hat? Zuerst mußte man schwören, nie mehr aufzurüsten und mußte diesen Schwur brechen, — man mußte in das Volk hineinschreien: „Wenn nicht entschlossen mit dem bisherigen System Schluß gemacht wird, sehe ich mit Sicherheit den Zeitpunkt herankommen, an dem den Deutschen nichts mehr übrig bleibt, als durch Verweigerung der Mitarbeit wenigstens ihre Ehre zu retten!" So Adenauer vor seiner Kanzlerschaft, — das mußte man in das Volk schreien und nachher alles tun, daß dies Wort vergessen werde! Man mußte dem Volk den rechten und sauberen Weg des sich Draußenhaltens zeigen: „Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes damit einverstanden sein würde, wenn wir, wie die Schweiz, völkerrechtlich neutralisiert würden!" So Konrad Adenauer — und man mußte es hinnehmen, daß bald darauf jeder, der sich dazu bekannte, vom gleichen Mund als Dummkopf oder Vaterlandsverräter angeprangert wurde.

Man mußte die Hand verfluchen, die je wieder ein Gewehr ergriffe, und mußte bald darauf die Jugend mahnen, sie möge wieder lernen, der Welt etwas vorzusterben, und man drückte der Jugend das Gewehr, und nicht nur das, in die Hand. Man hatte erkannt und verkündete es in einem feierlichen „Ahlener Programm", daß eine neue, sozialere Volksordnung vonnöten sei, und man verriet das eigene Programm, — man verfluchte Hitler und zeigte sich der Hand geneigt, die einstmals Hitler finanziert hatte. Welche Purzelbäume des Charakters wären ausdenkbar, die uns nicht vorgeführt wurden?

Man kennt die furchtbaren Westpläne der Zerschlagung Deutschlands und verheimlicht sie und tut, als seien die, die Deutschland auf diesen Weg führten, unsere aufrichtigsten Bundesgenossen und ehrlichsten Helfer bei der Wiedervereinigung. Und während sich in allen Völkern und Kontinenten gewaltige Umbrüche der menschlichen Gesellschaft vollziehen, schwatzt man dem Volke Kreuzzugsparolen vor, als könnten die weltanschaulichen

Kannegießer, die sich, mit Vorstellungen mittelalterlicher Scholastik gepanzert mit verspäteten Marxisten herumschlagen, irgend etwas anderes tun als Verwirrung schaffen und Ablenkung vom Wesentlichen. Der Geburtenprozeß eines neuen Säculums braucht unsere ganze Aufmerksamkeit der Beobachtung, um mit den Gestaltungsaufgaben fertig zu werden, vor denen die gesamte Menschheit steht, aber weder eine Partei noch eine Weltanschauung noch eine Kirche hat bisher ein Rezept für die Bewältigung der nie gesehenen Weltnöte. Statt die Denker zu rufen, zerschlägt man alles Denken und erzieht die Jugend zu rauschhaftem Nachschwätzen unüberprüfter Parolen und tut alles, das Volk zu benebeln und es nur ja nicht zu V e r s t a n d kommen zu lassen — zur einzigen Kraft, die es retten könnte!

Man führt das Volk in die Falle eines unausweichlichen Schicksals. Es wird nur Tage dauern, vielleicht nur Stunden, so wird nach dieser Wahl von den USA und dem ganzen Westen das deutsche Volk darüber aufgeklärt, daß jetzt, — natürlich der bösen Russen wegen — an Wiedervereinigung „vorerst" nicht zu denken sei, — daß jetzt erst einmal „der Wehrbeitrag" der deutschen Bundesrepublik an die westlichen Verbündeten zu leisten sei. Sind es nicht Ereignisse von symbolischer Kraft, daß wenige Tage vor der Wahl der Darmstädter Oberbürgermeister Dr. Engel ehrlich, erschüttert und hilflos zugleich vor den „deutschen Fernsehern" berichtet, daß man in Darmstadts Nähe von seiten der NATO Raketenabschußbasen errichtet und sich um den Protest der Bevölkerung keinen Deut kümmert? Ist es nicht von symbolhafter Kraft, daß in diesen gleichen Tagen die Frankfurter Zeitungen melden, ein amerikanischer Offizier, der, mit einem gehörigen Schuß Alkohol im Blute, einen deutschen Wagen angefahren und mehrere Personen getötet hat, sei ohne Begründung freigesprochen worden?

Und die Kirche wagt es, ihre Gläubigen in Gewissensnöte zu werfen, so daß die Christenheit und die Kirche an diesen Gewissensspaltungen auseinanderreißt, so daß die Kirchenspaltungen der Vergangenheit nur kleine Vorspiele dessen sind, was durch unterirdische Donner in aller Welt sich ankündigt.

Vor uns als Volk liegt eine schwere Zeit: die einer unausweichlich heranrollenden Katastrophe, — die Frucht der Verweigerung unseres Volkes, sich einer wahren Erkenntnis seiner Lage zu stellen, — die Aufgabe zu finden, die unserem Volk und Land als Mittler zwischen hassenden Fronten aufgetragen war, — eine wahrhaft christliche, — die allein christliche Aufgabe! Und nun naht das Verhängnis. Man soll heute abend, wenn Rundfunk und Fernsehen das Wahlergebnis verkünden, nicht glauben, es sei nun eine Politik der westdeutschen Bundesrepublik festgelegt und „gesichert" für vier volle Jahre „ruhiger Entwicklung". Es rollt ein Schicksal ab, in der dieser neugewählte Bundestag nur sehr wenig zu sagen haben wird. Es geschieht alles wie bei einem Krebskranken, der die Stunde versäumt hat, sich zur rechten Zeit operieren zu lassen. Schon acht Tage vor der Wahl traf in Bonn die Wiedervereinigungsnote der Sowjetunion ein, — man hat sie nicht zu veröffentlichen gewagt, — man spielt vor dem eigenen Schicksal Blindekuh.

So ist alles bei uns auf Tarnung und Täuschung eingestellt, und die Politik, die bei uns betrieben wird, kennt keine größere Furcht als die Erkenntnis unserer wahren Lage und der wahren Position des Schicksals in der Welt, das auch uns in sich einbezieht. Da ist ein Mensch gefährlich: der Mensch, der denkt! Der Mensch, der über die Grenze geht, um selbst nachzusehen! Da ist nur e i n Mensch wahrhaft gefährlich, der freie Mensch! Darum wird Freiheit nirgend so sehr geschändet als in der „freien" Welt, denn wo die Knechtung offen geschieht, ist sie weniger gefährlich als dort, wo sie sich heimlicher Mittel bedient, der Verfälschung, der Vergiftung, des Rufmords.

Schon lange ist Deutschland untergegangen. Heute wird dieser Untergang nur besiegelt. Deutschland wird von morgen ab nur noch „proforma" und in Reden gefordert werden, von denen jeder Urteilsfähige weiß, daß dies nur Reden sind, welche die tiefe Schuld derer verdecken, die diesen Zustand herbeigeführt haben.

Besteht gar keine Hoffnung? In der Intelligenz aller Völker rumort es, und schon werden Forderungen laut, welche den Primat des Ethischen auch in der Politik verlangen. Vertrauen wir dem Wetterleuchten an den Horizonten, die noch von Wetterwolken umlagert sind, — ein Blitz kann diese zerschlagen. Beten wir, wie der Präsident der Nationalversammlung zu Weimar 1919: „Und nun vertraue ich das deutsche Volk der Barmherzigkeit Gottes!"

Wirtschaft

Prof. Dr. Hanns Linhardt

Die europäische Währungssituation

Von der Währung spricht man in der Regel nicht, solange sie in Ordnung ist. In den letzten Wochen ist die europäische Währungssituation Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen. Zugleich sind umfangreiche Devisenbewegungen in Gang gekommen, die durch spekulative Manöver ausgelöst worden sind. Noch immer hofft die internationale Devisenspekulation, die an kurzfristigen Wertschwankungen zu profitieren versucht, auf eine Abwertung des englischen Pfundes oder anderer europäischer Währungen, nachdem die seit langer Zeit schon erwartete Abwertung des französischen Franken um 20 % am 10. 8. 1957 erfolgt ist. Nicht minder wartet die internationale Devisenspekulation auf die Aufwertung der DM. Am 15. 9. 1957 wurde gemeldet, daß Finnland seine Währung um rund 40 % abgewertet habe.

Was bedeutet Auf- und Abwertung?

Es bedeutet die Festsetzung eines neuen, gesetzlich bestimmten Tauschverhältnisses einer Währungseinheit zu einem allgemein gültigen Wertstandard. Als solcher gelten gegenwärtig das Goldmetall und indirekt der amerikanische Dollar, welcher seinerseits in einem gesetzlichen Wertverhältnis zum Goldmetall steht. Ein US-Dollar hat den Wert von 0,888671 g Feingold.

Die DM ist nach den Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfond (International Monetary Fund, IMF) vom 30. 1. 1953 23,81 US-Cents wert, das sind 4,20 DM für einen US-Dollar. Würde die DM aufgewertet, so würde künftig ein geringerer DM-Betrag für einen US-Dollar, sagen wir 4,— DM oder 3,50 DM, aufzubringen sein. Dies würde bedeuten, daß die gleiche Menge DM eine größere Menge US-Dollar im internationalen Devisenmarkt kaufen würde. Es würde zugleich bedeuten, daß die gleiche Menge US-Dollar eine geringere Menge DM kaufen könnte. Das Wertverhältnis zwischen den Währungen der Bundesrepublik Deutschland und den USA würde unmittelbar Auswirkungen auf den Handel beider Länder haben, mittelbar auf den Handel eines jeden der beiden Länder mit allen übrigen Ländern und natürlich auch auf den Handel aller übrigen Länder untereinander.

Insgesamt würde die Bundesrepublik weniger nach den USA exportieren, weil bei sonst gleichen Verhältnissen von Mengen und Preisen der DM-Erlös kleiner wäre, hingegen würde die Bundesrepublik insgesamt bei sonst gleichen Verhältnissen von den USA mehr importieren, weil die DM nach einer solchen Aufwertung eine größere Menge US-Dollar kaufen würde und damit eine größere Menge Importware aus den USA bezogen werden könnte.

Diese Überlegung gilt jedoch zunächst nur theoretisch „insgesamt", wie mehrfach ausdrücklich gesagt wurde. Sie gilt nicht ab sofort und für einen unabsehbaren Zeitraum. Sie gilt auch nicht gleichartig für jeden Zweig des Import- und Exporthandels. Die Währungsoperation ist zunächst ein rein rechnerischer Vorgang, der im Gesetzeswege durchgeführt wird. Seine handelspolitische Auswirkung in allen Zweigen des Außenhandels ist nicht vorherzubestimmen.

Die Erfahrungen mit solchen Währungsoperationen seit einigen Jahrzehnten haben ergeben, daß die Vor- und Nachteile im Außenhandel sich bald verlieren. Ein Vorteil wird im Falle einer Abwertung darin erblickt, daß das abwertende Land eine Anregung seiner Ausfuhr und eine Hemmung seiner Einfuhr erfährt. Wo es in der Absicht einer Währungsabwertung lag, solche Vorteile im Außenhandel zu erringen, haben sie sich stets als sehr kurzlebig erwiesen. Andere Länder nehmen es nicht einfach hin, daß ein einzelnes Land sich auf solche Weise Vorteile verschafft. Sie ändern entweder ebenfalls das gesetzliche Wertverhältnis ihrer Währung oder ihre Handelsbedingungen, sei es die Handelsverträge, sei es die Exportpreise oder die Zahlungs- und Lieferbedingungen; sollte dies nicht gelingen, so nimmt der Handel andere Wege.

Bestimmte Länder scheiden aus der bisherigen Ausfuhr eines Landes aus, und wenn nicht andere Gebiete oder Erzeugnisse an ihre Stelle treten, schrumpft das Handelsvolumen dieses einzelnen Landes. Sofern andere Länder gleiche Schritte unternehmen, wird auch bei ihnen die Schrumpfung des Handelsvolumens unter solchen Voraussetzungen eintreten.

Eine Währungsabwertung mit dem Ziel der Außenhandelsförderung ist nicht nur gegenüber allen anderen Ländern rücksichtslos, sie ist auch für das betreffende Land kostspielig. Sie beeinträchtigt die heimische Industrie, die von der Verarbeitung importierter Rohstoffe und vielfach von der Ausfuhr der so gewonnenen Fertigwaren lebt, wovon wiederum die Beschäftigung zahlreicher Arbeitskräfte wie z. B. in der Textilindustrie abhängt. Die Währungsabwertung schädigt das betreffende Land außerdem durch die Entwertung seiner ausländischen Kapitalanlagen und der hieraus fließenden Erträge, soweit sie auf heimische Währung lauten, ebenso durch die Entwertung der Kaufkraft aller Erlöse in Inlandswährung, die aus internationalen Dienstleistungen aller Art wie Transport, Kreditgewährung, Versicherung, Nachrichtenübermittlung usw. fließen und für die vielfach fremdvalutarische Aufwendungen (Gebühren, Löhne, Mieten) zu machen sind. In dieser Lage befand sich England bereits mehrmals, so bei der Pfundabwertung im September 1931 und wiederum im September 1949 (1 £ = 2,48828 g Feingold seit 18. 9. 1949). In beiden Fällen geschah keine gesetzliche, sondern eine faktische Änderung des Wertverhältnisses zwischen dem englischen Pfund und dem US-Dollar. Die handelspolitischen Vorteile verloren sich bald durch Gegenkräfte. Die währungspolitischen Schäden blieben dauernd. Kurz nach der englischen Pfundabwertung von 1931 folgte die gesetzliche Abwertung des US-Dollars im Januar 1934 um 40 % und nahm den handelspolitischen Vorteil hinweg, soweit er nicht bereits sonstwie beseitigt war. Im September 1936 werteten Frankreich, Holland und die Schweiz ihre Währung um 40 % ab und glichen deren Goldgehalt dem abgewerteten englischen Pfund und US-Dollar an. Die Abwertungsgewinne bezog der Staat.

Während die Währungsabwertung die angedeuteten handelspolitischen Vorteile haben soll und sonach auch der Initiative des betreffenden Landes entspringt, hat eine Währungsaufwertung handelspolitische Nachteile. Hieraus erklärt sich, daß von der DM-Aufwertung weit mehr im Ausland als in Westdeutschland die Rede ist, nach der Frankabwertung am meisten von englischer Seite, weil England neben Frankreich währungspolitisch der schwächste Partner im europäischen Außenhandel ist, demgemäß der größte Schuldner der „Europäischen Zahlungsunion" (EZU) gegenüber der Bundesrepublik. Die Bundesregierung hat auf das nachdrücklich vorgebrachte Ansinnen englischer Regierungs- und Wirtschaftskreise zur DM-Aufwertung bisher ablehnend geantwortet. Bundeswirtschaftsminister Erhard hat auf seine früheren Vorschläge zur gemeinsamen Klärung der europäischen Währungssituation vor einem Jahr hingewiesen und dargelegt, daß eine Einzelaktion eines Landes diese Situation nicht beheben kann. Auf der Jahresversammlung der IMF in Washington im September 1957 erklärten England und die Bundesrepublik, an ihrer bisherigen Parität, d. h. dem Wertverhältnis zum US-Dollar festzuhalten, England erhöhte seinen Diskontsatz um 2 % von 5 % auf 7 %, die Bundesrepublik senkte ihren um ½ % von 4½ % auf 4 %.

Es ist unbestritten, daß eine DM-Aufwertung keine ausreichende Maßnahme dazu sein kann, die deutschen Überschüsse der Zahlungsbilanz zu verringern oder zu beseitigen. Mit der Währungspolitik allein sind internationale Wirtschaftsverhältnisse nicht zu meistern. Außerdem widerspricht die Anwendung solcher währungspolitischer Maßnahmen den Grundsätzen und Erwartungen, die bei Errichtung des Internationalen Währungsfonds formuliert und in den Satzungen niedergelegt wurden. Danach sollen einseitige Änderungen des Wechselkurses unterbleiben, damit Störungen im Außenhandel und im Kapitalverkehr vermieden werden. England und Frankreich haben nach Kriegsende diesen Grundsatz nicht beachtet. Die Bundesrepublik ist nach Wiedergewinnung ihrer außenhandelspolitischen Bewegungs- und Handlungsfreiheit zu einem starken Partner im Welthandel geworden; ihre Währung gilt als eine der sichersten in der Welt. Dies ist zunächst das Ergebnis der von den Alliierten ohne Mitwirkung deutscher Stellen im Juni 1948 durchgeführten Währungsreform. Die schonungslose Reduzierung aller Geldforderungen im Verhältnis 10:1 bzw. 10:0,65 stellte die DM auf ein neues Fundament und gab ihr im Verhältnis zum Ausland eine günstige Ausgangsposition,

die sich angesichts der Inflationstendenzen im Ausland, auch in den USA, zu einer günstigen Dauerposition entwickelte.

Die Währungsreform hat dem deutschen Sparer und Gläubiger die schwersten Opfer zugemutet. Von 800 Milliarden RM-Forderungen bleiben nach dem Kriegsschädengesetz 5 Milliarden DM bestehen. In keinem anderen Land ist etwas ähnliches geschehen. Wenn von Abwertungen des französischen Franken und des englischen Pfundes die Rede ist, so betrifft dies die Herabsetzung des Außenwertes der Landeswährung, d. h die Änderung im Verhältnis zum Gold oder zum US-Dollar. Dadurch wird jedoch die innere Kaufkraft der Landeswährung nicht unmittelbar und auf keinen Fall im Gesetzeswege geändert. Die Warenpreise, die Mieten, die Löhne und Gehälter bleiben dadurch zunächst unberührt. Eine Änderung tritt erst im Laufe der Zeit durch wirtschaftliche Anpassungsvorgänge oder gesetzliche Wirtschaftskontrollen (Preisbestimmungen, Mietkontrollen) ein. Dieser Umstand wird in der innerpolitischen Diskussion ständig außer acht gelassen und leider auch bei Äußerungen von berufener Seite geflissentlich übergangen. Dies gilt vor allem für die Verlautbarungen der prominenten Mitglieder der Bundesregierung in ihren Hinweisen auf die wesentlich geringere Kaufkraftminderung der DM, verglichen mit den wesentlich höheren Kaufkraftminderungen in anderen europäischen, vor allem den romanischen und den skandinavischen Ländern.

Aber auch das Ausland, vor allem Frankreich und England, übersieht die schweren Opfer der westdeutschen Bevölkerung, die ihm in der Streichung seiner Ersparnisse auferlegt wurden, die gewaltigen Anstrengungen, die der Bevölkerung mit der Eingliederung der Flüchtlinge in die Wirtschaft, mit der Beseitigung der Kriegsschäden und der Wirtschaftsdemontage zugemutet wurden. Wäre nicht die ungewöhnliche Anstrengung der deutschen Unternehmer und Arbeiter hinzugekommen, so hätte die DM ihre günstige Ausgangsposition im Zeitpunkt der Währungsreform nicht behalten können, abgesehen von erheblichen wirtschaftlichen und moralischen Schönheitsfehlern der einseitigen Begünstigung der Sachbesitzer, der Bilanzpflichtigen, der Kapitalgesellschaften, die jedoch durch das Lastenausgleichsgesetz weitgehend korrigiert wird, soweit dies überhaupt im Gesetzeswege geschehen kann. Die Ausfuhrüberschüsse sind die Folge des allzu großen Währungsopfers, zugleich aber die Folge der ungewöhnlichen Anstrengung hernach und seitdem, gesteigert durch die zahlreichen Durchbrechungen des Grundsatzes der gleichmäßigen Besteuerung durch gesetzliche Ermäßigung, Erleichterung und Begünstigung wie im Falle der industriellen Investition oder auch des sozialen Wohnungsbaues.

Die Währungspolitik der Gegenwart unterscheidet sich grundlegend von den klassischen Regeln der langen Friedensperiode von 1815 bis 1914. Sie ist heute ein Kampfmittel der vom Wirtschaftsegoismus beherrschten Einzelstaaten. Sie entbehrt der allgemeinen und stabilen Grundlage, die durch die Bindung an das Gold in jener langen Friedensperiode gewonnen war. Dieses frühere Bild der Weltwirtschaft ist zerstört. Dutzende neuer Länder sind seitdem entstanden, ebensoviel neue Währungseinheiten, Handelsgrenzen und so auch Währungsprobleme. Zwei Kriege haben eine dem internationalen Austausch radikal entgegengesetzte Wirtschaftsideologie hervorgebracht, die in den Nachkriegsbestrebungen der Autarkie, des bilateralen Handels, des billigen Zinses, der Staatsverschuldung, der Einfuhrkontrolle und Ausfuhrsubvention ebenso fortlebt wie in den bekannten englischen Parolen der „austerity", des „credit squeeze" — jenen Nachkriegsparolen, die im merkwürdigen Widerspruch zu den Tatsachen einer überhöhten Lebenshaltung (Tabak, Alkohol, Feinkost, Film!) und seiner Steigerung durch den Konsumentenkredit stehen. Ein international vergleichbares Lohnniveau ist ebensowenig gegeben wie sonstwie vergleichbare Kostenverhältnisse. Die internationalen Kapitalmärkte sind disloziert, das internationale Zinsgefälle ist durch Devisengesetze und andere Hemmungen daran gehindert, ausgleichende Kapitalbewegungen in Gang zu setzen.

Die Hoffnungen auf eine einheitliche europäische Währung, wie sie von manchen Enthusiasten der europäischen Integration gehegt wurden, sind weit in den Hintergrund realisierbarer Erwägungen getreten, wie überhaupt durch das Verhalten der einzelnen europäischen Länder die Idee der europäischen Wirtschaftseinheit an Reiz und Farbe eingebüßt hat. Dazu hat nicht nur die fortgesetzte abseitige Haltung Englands zur europäischen Integration, sondern auch die von Frankreich als selbstverständlich in Anspruch genommene Sonderstellung und Sonderbehandlung geführt, wie dies in den Vorbehalten zum ge-

meinsamen Exportmarkt im März 1957 und in der Francabwertung vom August 1957 zum Ausdruck kam. Die Gegenwart leidet an der Beunruhigung der Währungssituation nicht erst infolge der Nachkriegsstörungen, sondern bereits infolge der Blockbildungen, wie sie während der Weltwirtschaftskrise 1929/32 zur Abwehr von Währungsnachteilen und zur Erzielung von Währungsvorteilen erfolgt sind. Heute noch operiert der sog. „Pfundblock" als ein eigenes Währungsgebiet mit Methoden und Mitteln, wie sie das einheitliche internationale Währungsgebiet der Goldwährungsländer vor 1914 nicht kannte. Der öffentliche Charakter der Wechselkursbildung, der Devisenoperationen, der Notenbankausweise gilt nur noch in beschränktem Umfang, da die seit der Weltwirtschaftskrise geschaffenen Währungsausgleichsfonds der öffentlichen Berichterstattung und Kontrolle entzogen sind. Solche ursprünglich als nationale Hilfseinrichtungen gedachten Schöpfungen haben inzwischen durch eine Reihe von internationalen Hilfseinrichtungen eine Fortsetzung gefunden. Dazu zählt außer dem genannten Internationalen Währungsfond (seit 1946) die Europäische Zahlungsunion (seit 1951), die sich immer mehr von ihrer ursprünglichen, provisorischen Aufgabe entfernt und zu einer anders gearteten Dauereinrichtung entwickelt hat. Auch die neueren europäischen Währungsabmachungen seit 1955 haben zu keinen befriedigenden Lösungen geführt, weil die ausgleichenden wirtschaftlichen Kräfte fehlen. Und es fehlt auch der politische Wille, solche Kräfte zu entwickeln. Solange die Binnenkonjunktur, die nationale Lebenshaltung, die nationale Arbeit sich innerhalb Europas soweit auseinanderentwickeln, wie dies seit Kriegsende der Fall ist, wird es eher schwieriger als leichter, mit währungspolitischen Maßnahmen etwas zu verbessern, denn sie sind gegenüber der nationalen Produktion, Investition und Konsumtion symptomatische Erscheinungen und nicht elementare Tatbestände. Die europäischen Länder sind nach Kriegsende 1945 weiter von einer nationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik entfernt, als dies nach Kriegsende 1918 der Fall war, und sie sind 1957 weiter entfernt als 1945 und 1948.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Indiens Abrüstungs-Resolution

Am 26. September legte Indien der UN-Vollversammlung eine Resolution vor, die eine Aufforderung zu einem „Aufrüstungs-Stop" enthielt. Indien stellte an die Vollversammlung folgende Forderungen:

1. Verbot der Beschaffung weiteren spaltbaren Materials für militärische Zwecke;
2. Verbot, spaltbares Material aus dem zivilen Vorrat in den militärischen Vorrat zu überführen;
3. Verbot der Herstellung und der Anwendung von Kern- und Wasserstoffwaffen;
4. Verbot der Herstellung, Verwendung und Übertragung von sogenannten taktischen Kern- und Wasserstoffwaffen;
5. Fortschreitende Ausräumung der bestehenden Lager an Kernwaffen;
6. Verbot des Exportes von Kernwaffen und anderen Waffen der Massenzerstörung;
7. Freiwillige Unterwerfung unter die Bestimmungen des UN-Generalsekretärs über die Militärbudgets der Mitgliedstaaten;
8. Fortschreitende Einführung der notwendigen Maßnahmen zur Inspektion und Kontrolle zu Land und See, um Vertrauen und ein Gefühl der Sicherheit in der Welt herzustellen.

Die Präambel dieser Resolution forderte die Versammlung auf, von zwei weiteren Resolutionen Kenntnis zu nehmen. 1. über die Aussetzung der Kernwaffen-Versuche, 2. über die Wiederaufstellung des Abrüstungs-Ausschusses und seines Unterausschusses.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 6514. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. **Erscheinungsweise: monatlich einmal zum Preise von DM 1.— zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen.** Nachdruck — auch auszugweise — **nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion** und bei genauer Quellenangabe.
Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw.